

# FDP

Die Liberalen

Freie Demokratische Partei  
Landesverband  
Baden-Württemberg

# Geschäfts- Bericht

2006

2007

2008

FREIE DEMOKRATISCHE PARTEI

(Demokratische Volkspartei)

Landesverband Baden-Württemberg

# GESCHÄFTSBERICHT

1. Juli 2006 - 30. Juni 2008

vorgelegt von

Hauptgeschäftsführer Olaf Bentlage

auf dem 103. Ordentlichen Landesparteitag der FDP

am 12. Juli 2008 in Mannheim



**HERAUSGEBER:**

Freie Demokratische Partei  
Landesverband Baden-Württemberg  
Rotebühlstr. 131 - 133  
70197 Stuttgart

Postfach 10 15 52  
70014 Stuttgart

Telefon: 0711 / 666180  
Telefax: 0711 / 6661812  
E-Mail: [fdp-bw@fdp.de](mailto:fdp-bw@fdp.de)  
Internet: <http://www.fdp-bw.de>

**VERANTWORTLICH:**

Olaf Bentlage  
Hauptgeschäftsführer

**REDAKTION:**

Olaf Bentlage  
Jan Havlik  
Iris Richter  
Annette Wenk-Grimm

**GESTALTUNG:**

Markus Lochmann

# VORWORT

Die politische und organisatorische Arbeit in den vergangenen zwei Jahren stand ganz im Zeichen der Vorbereitung auf das Superwahljahr 2009. Alle Gliederungen haben sich inhaltlich, organisatorisch und personell gründlich vorbereitet und die baden-württembergische FDP kann gut gerüstet und zuversichtlich in das Jahr 2009 blicken. Dafür möchte ich allen Funktionsträgern und den vielen Mitgliedern, die ehrenamtlich mitgearbeitet haben, ganz herzlich danken.

Die Arbeit der FDP Baden-Württemberg stand ganz im Zeichen der Umsetzung des Koalitionsvertrages in konkretes Regierungshandeln. Den größten Erfolg haben wir dabei schon jetzt erzielt. Seit dem Jahr 2008 nimmt Baden-Württemberg keine neuen Schulden mehr auf und zahlt sogar Altschulden zurück. Was wurden wir Liberale mehr oder weniger milde belächelt, als wir zum ersten Mal im Jahre 1999 die Nettonull gefordert haben! Seit dieser Zeit hat die FDP konsequent an diesem Ziel gearbeitet. Das zeigen die Anstrengungen in den von uns verantworteten Ministerien, die Vorschläge der Landtagsfraktion und deren ungeheure Disziplin bei der Aufstellung der Haushaltspläne für das Land und das zeigen auch die zahlreichen Beschlüsse von Landeshauptausschüssen, Landesparteitage und Landesvorstand. Es war nicht immer einfach, dieses Ziel gegen zahlreiche Begehrlichkeiten zu verteidigen. Aber die FDP hat Stand und Kurs gehalten. Die Nettonull ist ein Erfolg der FDP – auch wenn andere diesen Erfolg auch auf ihre Fahnen schreiben. Gerade die nächsten Jahre werden zeigen, wenn es um die Verteidigung der Nettonull geht, dass nur die FDP wirklich zu diesem Ziel steht.

Aber auch die Einrichtung eines Pensionsfonds, die Verschärfung des Konnexitätsprinzips, Erfolge bei der Sicherung der Bürgerrechte, die Reform des Gerichtsvollzieherwesen, die Notariatsreform, die Einführung von Innovationsgutscheinen, die Verbesserung der Förderung der Schulen in freier Trägerschaft oder die Einführung der Sprachstandsdiagnose sind nur ein Teil der liberalen Erfolge, die im Januar 2006 noch Teil des Landtagswahlprogramms waren, im Mai 2006 im Koalitionsvertrag verankert wurden und nun innerhalb von nur zwei Jahren bereits durch- und umgesetzt sind. Wenn man dies mit anderen liberalen Regierungsbeteiligungen im Bund und in den Ländern im Rückblick vergleicht, ist das ein hervorragendes Ergebnis. Es ist unsere Aufgabe das deutlich zu machen und den Bürgerinnen und Bürgern näher zu bringen. Andere werden diese Aufgabe nicht für uns übernehmen.

Wir Freien Demokraten haben Wort gehalten. Nach der Bundestagswahl 2005, nach der Landtagswahl 2006 oder

auch 2008 in Hessen. Während andere sich der Beliebtheit hingeben, ihr Wort brechen und populistisch dem Zeitgeist hinterherlaufen, haben wir Liberalen konsequent unseren Kurs fortgesetzt und unsere Inhalte fortentwickelt. Das schafft Vertrauen und Glaubwürdigkeit. Dies zahlt sich nicht nur bei Wahlen, sondern auch beim Thema Mitgliederzuwachs aus. Im Gegensatz zu allen anderen Parteien gewinnt die FDP Mitglieder dazu. Das liegt an unserer Unverwechselbarkeit. Das liegt an unserem liberalen Programm für Freiheit zur Verantwortung, das sich von allen anderen Parteien unterscheidet. Das liegt an unserer Klarheit. Das liegt an der Fülle von liberalen Persönlichkeiten, Junge und Ältere, Frauen und Männer. Und: Das liegt an unserer Geschlossenheit. Für manchen ist Geschlossenheit langweilig, aber in jedem Fall ist sie erfolgreich. Wir haben wegen unserer Geschlossenheit vielleicht weniger Schlagzeilen, aber in jedem Fall mehr Sympathie, bessere Wahlergebnisse, mehr Anhänger und neue Mitglieder.

Die FDP ist gut gerüstet für die kommenden Jahre. Das zeigt auch dieser Geschäftsbericht. Aber es bleibt noch immer einiges zu tun. In manchen Teilen Baden-Württembergs ist die Organisationskraft der FDP noch sehr unterdurchschnittlich. Der Landesvorstand hat mit der Arbeitsgruppe „Pilotkreisverbände“ erste Maßnahmen zur Stärkung der „weißen Flecken“ eingeleitet. Der Frauenanteil in der Partei ist immer noch sehr schlecht und darf uns nicht ruhen lassen. Das wird eine der Zukunftsaufgaben für den Landesvorstand bleiben, aber es ist auch eine der zentralen Aufgaben der FDP vor Ort.

Bei der unermüdlich arbeitenden Landesvorsitzenden Birgit Homburger und dem um finanzielle Ressourcen kämpfenden Landesschatzmeister Michael Link fühlte sich die Landesgeschäftsstelle mit ihren Wünschen und Anliegen immer bestens aufgehoben. Ich danke den Mitgliedern des Präsidiums und des Landesvorstandes für gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Ich danke Jan Havlik, der einen Teil der redaktionellen Arbeit übernommen hat, Iris Richter, die sich um Zahlen und Fakten gekümmert hat, Annette Wenk-Grimm, die die Beschlüsse zusammengefasst und die Beschlusskontrolle übernommen hat und Markus Lochmann für die graphische Gestaltung des Geschäftsberichtes. Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesgeschäftsstelle danke ich für vorbildliche Mitarbeit und engagierten Einsatz für die Bürgerbewegung FDP.

Stuttgart, den 11. Juli 2008

Olaf Bentlage

# INHALT

<b>Vorwort</b>	<b>3</b>	<b>Die Innerparteiliche Gremienarbeit 15</b>	
<b>Parteiveranstaltungen</b>	<b>6</b>	Landesvorstand	15
100. Ord. LPT am 15.07.2006 in Tuttlingen	7	Kreisvorsitzendenkonferenzen	17
Birgit Homburger als Vorsitzende bestätigt	7	KVK/Delegiertenversammlung am 28.4.07 in Stuttgart	17
Dreikönigstreffen 5./6.01.2007 in Stuttgart	7	Arbeitsgruppen des Landesvorstandes	18
101. Ord. Landesparteitag am 5. Januar 2007	7	Großstadtoffensive	18
Kompetenz in der Koalition: Die FDP zeigt Profil!	7	AG Europawahl 2009	18
Dreikönigskundgebung am 6. Januar 2007	8	AG Kommunalwahl 2009	18
Feier zum 70. Geburtstag von Dr. Klaus Kinkel am 20. Januar 2007 in Karlsruhe	8	AG Hauptschule	18
Verleihung der Reinhold-Maier-Medaille an Helmut Markwort am 3. Februar 2007 in Stuttgart	9	Satzungskommission	18
50 Jahre Römische Verträge am 13. Februar 2007 in Mannheim	9	Landesfachausschüsse	19
Politischer Aschermittwoch am 21. Februar 2007 in Bad Rappenau	10	LFA Bildung und Wissenschaft	19
Landeshauptausschuss am 21. April 2007 in Esslingen zum Thema Gentechnik	10	LFA Innen- und Rechtspolitik	20
Landeshauptausschuss am 26. Oktober 2007 in Salem zum Thema Kulturpolitik	11	Inhalte	20
Veranstaltung „Sekt oder Selters?“ am 7.12.2007 zum Thema EU-Finzen in Niefern	12	Organisatorisches/Innerverbandliches	21
Verleihung der Reinhold-Maier-Medaille an Neelie Kroes am 8.12.2007 in Stuttgart	12	Personelles	21
Dreikönigstreffen 5./6.01.2008 in Stuttgart	13	LFA Verkehrspolitik	22
102. Ord. Landesparteitag am 5.01.2008	13	LFA Sozial-, Gesellschafts- und Jugendpolitik	23
Den Spitzenplatz behaupten: FDP in Baden-Württemberg	13	Seniorenpolitik:	23
Dreikönigskundgebung 2008	13	Gesundheitspolitik:	23
Politischer Aschermittwoch am 6. Februar 2008 in Karlsruhe	14	Soziale Sicherungssysteme:	23
Landeshauptausschuss am 19. April 2008 in Schwäbisch Gmünd zum Thema Energiepolitik	14	Vorträge:	23
		LFA Wirtschaft-, Finanz- und Verbraucher	24
		LFA Umwelt-, Energie- und Raumordnungspolitik	24
		LFA Agrarpolitik und ländliche Räume	24
		LFA Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik	25
		LFA Wirtschaftliche Zusammenarbeit	26
		LFA Europapolitik	26
		LFA Frauen	27
		LFA Kommunalpolitik (VLK)	27
		LFA Kultur	27

Kommissionen und Beiräte	29	BFA - Wohnungsbau	47
Kommission Liberale und Kirchen	29	BFA - Verkehrspolitik	47
Landessportbeirat	29	<b>Kommissionen</b>	<b>47</b>
Grundsatzkommission	29	Internet- und Medienkommission	47
<b>Der Organisatorische Aufbau 30</b>		Seniorenkommission	48
Organisationsstruktur	30	Bundessatzungsausschuss	48
Gliederung und Struktur	30	Bundesschiedsgericht	48
Neuwahl der Kreisvorsitzenden	31	<b>Zusammenarbeit ELDR</b>	<b>48</b>
Patenschaften der Mandatsträger	33		
Mitgliederbewegung und -verwaltung	34		
Mitgliederbewegung	34		
<b>Serviceleistungen 44</b>			
Serviceleistungen der Mitgliederverwaltung	44		
Dienstleistungen der Druckerei	44		
Anschriftenverzeichnisse	45		
Organisationsverzeichnis	45		
Verzeichnis der Kommunalpolitiker	45		
<b>Die Überregionale Mitwirkung 46</b>			
Zusammenarbeit mit der Bundespartei	46		
Organe der Bundespartei	46		
Bundesfachausschüsse	46		
BFA - Internationale Politik	46		
BFA - Wirtschaft und Arbeit	46		
BFA - Finanzen und Steuerpolitik	46		
BFA - Ernährung und Landwirtschaft	46		
BFA - Soziales	47		
BFA - Gesundheit	47		
BFA - Innen und Recht	47		
BFA - Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie	47		
BFA - Umwelt	47		

# PARTEIVERANSTALTUNGEN

Von der Landesgeschäftsstelle wurden im Berichtszeitraum folgende Tagungen und Veranstaltungen geplant, vorbereitet und durchgeführt:

- 3 Landesparteitage
- 3 Landeshauptausschusssitzungen
- 4 öffentliche Kundgebungen
- 1 Verleihung der Reinhold-Maier-Medaille an Neelie Kroes
- 18 Sitzungen des Landesvorstandes
- 18 Sitzungen des Präsidiums
- 105 Sitzungen der Landesfachausschüsse und Kommissionen
- 2 Kreisvorsitzenden- und Landesfachausschussvorsitzendenkonferenzen
- 2 Dreikönigsbälle
- 2 Fachkongresse
- 1 Geburtstagsempfang

100. ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG AM 15. JULI 2006 IN TUTTLINGEN

## Birgit Homburger als Landesvorsitzende bestätigt



Birgit Homburger ist weiterhin Landesvorsitzende der FDP Baden-Württemberg. Der 100. Ordentliche Landesparteitag in Tuttlingen wählte die Konstanzer Verwaltungswissenschaftlerin und Bundestagsabgeordnete zur Vorsitzenden mit 301 von 346 abgegebenen gültigen Stimmen. Das entspricht 86,99%. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wählten die Delegierten: Den Trossinger Bundestagsabgeordneten Ernst Burgbacher mit 283 von 373 abgegebenen gültigen Stimmen (75,87%), den Justizminister des Landes Baden-Württemberg Prof. Dr. Ulrich Goll MdL mit 243 von 370 abgegebenen gültigen Stimmen (65,68%) und den Horber Oberbürgermeister und Landtagsabgeordneten Michael Theurer MdL mit 262 von 380 abgegebenen gültigen Stimmen. (68,95%). Zum Nachfolger des langjährigen Landesschatzmeisters Richard Drautz wurde der Bundestagsabgeordnete Michael Link MdB mit 348 von 359 abgegebenen gültigen Stimmen (96,94%) gewählt. Weitere Kandidaten in den jeweiligen Wahlgängen gab es nicht. Die Delegierten verabschiedeten den Leitantrag des Landesvorstandes zur Umweltpolitik mit kleineren Änderungen einstimmig. Inhaltlich wollen die Liberalen künftig mit stark auf Ökologie ausgerichteter Politik mit den Grünen konkurrieren. Der Parteitag verabschiedete einstimmig einen Leitantrag zum Ausbau erneuerbarer Energien als Teil der ökologischen Marktwirtschaft.

Nach dem Willen der FDP soll Baden-Württemberg mit einem Förderprogramm für die Wärmeproduktion aus erneuerbaren Energien, den Einsatz der Kraft-Wärme-Kopplung und die Erdwärmenutzung zur Kompetenzregion in Deutschland ausgebaut werden. Außerdem soll die Landesbauordnung so geändert werden, dass die Errichtung von Mobilfunkanlagen in örtlichen Bauvorschriften eingeschränkt oder ausgeschlossen werden kann.

DREIKÖNIGSTREFFEN 5./6. JANUAR 2007 IN STUTTGART

## 101. Ordentlicher Landesparteitag am 5. Januar 2007

### KOMPETENZ IN DER KOALITION: DIE FDP ZEIGT PROFIL!

Der erste Dreikönigsparteitag nach dem großen Wahlerfolg der FDP bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg wurde von vielen Mitgliedern und der Öffentlichkeit mit Spannung erwartet: Sollte es der FDP gelingen, das Instrument des traditionellen Dreikönigstreffens weiter zum Motor der politischen Arbeit in Baden-Württemberg zu machen?

Die Erwartungen bestätigten sich auf schönste Weise. Mit einem fundierten Leitantrag zur Integrationspolitik posi-



tionierte sich die FDP im Land zu einem Thema, das die Gesellschaft in Zukunft maßgeblich mitprägen wird. Die Politik unter Federführung von Prof. Dr. Ulrich Goll, der in seinem Amt als Justizminister und Integrationsbeauftragter der Landesregierung an vorderster Stelle für das gelungene Zusammenleben mit Migranten in Baden-Württemberg zuständig ist, erstellte in Abstimmung mit dem Parteitag eine Beschlusslage, die bundesweit für die solide Qualität der liberalen Landespolitik steht.

Bei den ausgiebigen Antragsberatungen gab es allerdings noch viel Platz für andere wichtige Punkte: Dies reichte von Eckpunkten für weitere Privatisierungen über die weitere Vorgehensweise zum Erhalt des Schlosses in Salem bis hin zur Zukunft der sozialen Sicherungssysteme. Es stellte



sich heraus, dass die Trennung von Wahlparteitagen und Parteitag mit inhaltlichem Schwerpunkt mehr Raum für Inhalte ermöglicht, denn die FDP hat als politischer Motor in Baden-Württemberg viel zu sagen.

## Dreikönigskundgebung am 6. Januar 2007

Die traditionelle Dreikönigskundgebung ist der Beginn des politischen Jahres in Deutschland. Hier werden Maßstäbe gesetzt. Die FDP hat dies bei der Kundgebung Anfang 2007 wieder einmal unter Beweis gestellt. Dabei setzte jeder Redner bei dieser Gelegenheit andere, wichtige Schwerpunkte.



Der FDP-Bundesvorsitzende Dr. Guido Westerwelle erinnerte an die „vergessene“ Mitte in Deutschland, die die tragfähige Säule des Gemeinwesens darstellt. Es seien diejenigen, die jeden Morgen aufstehen, ihr Kinder versorgen und einem Beruf nachgehen, um die sich die Politik in Deutschland zu wenig kümmere. Diese Bürger sah Westerwelle als Hauptansprechpartner der liberalen Politik in Deutschland.

In eine ähnliche Richtung ging die Landesvorsitzende Birgit Homburger. Sie setzte einen anderen Akzent, indem sie an das Gemeinwesen appellierte und an den Gemeinsinn der Menschen. Füreinander da zu sein und sich umeinander zu kümmern – kurz gesagt: sich einzumischen, das sei es, so Birgit Homburger, was die Gesellschaft brauche. Sie fasst diesen Appell in der knappen Aussage zusammen „Gesellschaft – das sind wir“.

Einen Anlass, politisch mit den Gegnern doch noch abzurechnen, hatte der FDP-Landtagsfraktionsvorsitzende Dr. Ulrich Noll mit der Gesundheitsreform und der Politik in diesem Bereich. In großer Schärfe, dennoch launig und kurzweilig, zeigte er den Wahnsinn dieser Reform auf, die das bürokratische Gesicht der Koalition in Berlin deutlich zeigt.

Bundesgeneralsekretär Dirk Niebel verortete die FDP schließlich im politischen System der Bundesrepublik. Vor dem vollbesetzten Haus der Stuttgarter Oper kündigte er das „Bündnis mit dem Bürger“ an, das wichtiger sei als alle voreiligen Konstellationsspielchen nach der nächsten Bundestagswahl.

## Feier zum 70. Geburtstag von Dr. Klaus Kinkel am 20. Januar 2007 in Karlsruhe



Am 17. Dezember 2006 feierte ein bedeutender Liberaler aus Baden-Württemberg einen runden Geburtstag: Klaus Kinkel wurde – zur Überraschung vieler – 70 Jahre. Aktiv wie eh und je – und keine Spur von sieben Jahrzehnten.

Als Bundesminister der Justiz und späterer Außenminister von 1992 bis 1998 verkörperte er die Zuverlässigkeit des Rechtsstaates und der deutschen Außenpolitik in der Welt. In seiner Amtszeit wurde das geeinte Europa von der Vision zur Realität. Die Politik des wiedervereinigten Deutschlands erfuhr viel Vertrauen und musste diesem vor der Staatengemeinschaft gerecht werden. Von 1994 bis 2002 war er FDP-Abgeordneter im Deutschen Bundestag für den Wahlkreis Karlsruhe. Seine Arbeit war von großem Sachverstand und tiefer Menschlichkeit geprägt. Von 1998 bis 2002 setzte er sich besonders für die Belange behinderter Menschen in unserer Gesellschaft und den Sport ein.

Wie kaum ein anderer verkörpert er die Ideale der baden-württembergischen Liberalen: Geradlinigkeit, Anstand, Weltoffenheit, Bodenständigkeit, schwäbische „Gescheitheit“ und badische Herzlichkeit. Mit einem zahlreich besuchten Empfang am 20. Januar ehrten der Landesverband Baden-Württemberg und der Kreisverband Karlsruhe der

Liberalen den Jubilar. Die Zahl der Redner und Grußworte nach einer gewohnt eleganten Begrüßung durch den liberalen Kulturbürgermeister Karlsruhes, Ullrich Eidenmüller, war groß und zeigt das breit gestreute Engagement Klaus Kinkels: Neben Heinz Fenrich, dem Oberbürgermeister der badischen Residenzstadt, Joachim Wohlfeil, dem Handwerkskammerpräsidenten der Stadt Karlsruhe und Rolf Dohmen, dem Manager des dortigen Sportclubs, gratulierten viele Vertreter von allen Ebenen und aus allen Regionen der Landespartei, an deren Spitze die Landesvorsitzende Birgit Homburger.

In den Reden wurde deutlich, wie breit das Spektrum des Engagements des ehemaligen Bundesministers ist: Ob im sozialen Bereich (Klaus Kinkel nennt die vielen Organisationen, die er zum Teil schon seit seinen Ministerzeiten unterstützt, seine „sozialen Kinder“) oder im Bereich des Sports (beim KSC), beim Handwerk (Klaus Kinkel ist Ehrenmeister der Karlsruher Handwerkskammer) oder im wichtigen Schlüsselsektor der Bildung (Klaus Kinkel ist Vorsitzender der Deutschen Telekom-Stiftung, die sich in diesem Bereich herausragend engagiert):

Klaus Kinkel ist auch heute noch überall am Ball und sogar noch, wie er selbst schmunzelnd sagt, „Opa vom Dienst“ für seine Enkel. Der Andrang von fast 500 Gästen war Beweis genug, dass die Ehrungen von Herzen kamen.

## Verleihung der Reinhold-Maier-Medaille an Helmut Markwort am 3. Februar 2007 in Stuttgart



Die Reinhold-Maier Stiftung, die FDP Baden-Württemberg und die FDP/DVP Landtagsfraktion haben dem Focus-Chefredakteur Helmut Markwort am Samstag, den 3.

Februar 2007 die Reinhold-Maier-Medaille verliehen. Die Laudatio wurde von Prof. Dr. Ulrich Goll in einer Festveranstaltung in der Stuttgarter Alten Reithalle vor 500 geladenen Gästen gehalten.

Markwort zeigte sich zutiefst geehrt und hielt im Anschluss an die Preisverleihung eine mahnende und tief sinnige Dankesrede. Er wies auf die Notwendigkeit der Verteidigung von Freiheitsrechten hin – die Pressefreiheit stehe für ihn natürlich an erster Stelle – aber auch der westliche Wertekanon und die in Jahrhunderten mühsam erarbeiteten Menschenrechte seien von zunehmendem Radikalismus und Terrorismus, aber auch von deren übertriebener Verfolgung durch Regierungen und Geheimdienste bedroht, so Markwort in seiner vielbeachteten Dankesrede.

## 50 Jahre Römische Verträge am 13. Februar 2007 in Mannheim

Die Liberalen in Baden-Württemberg haben mit einer Kundgebung im Mannheimer Bootshaus der Unterzeichnung der römischen Verträge und der Gründung der Europäischen Union gedacht.



Als Redner geladen waren der ehemalige EU-Kommissar Dr. Martin Bangemann, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Liberalen im Europa-Parlament, Dr. Silvana Koch-Mehrin; der europapolitische Sprecher der Bundestagsfraktion und Landesschatzmeister der FDP, Michael Link, sowie der Horber Oberbürgermeister, stv. Fraktionsvorsitzende und europapolitische Sprecher der FDP/DVP Landtagsfraktion, Michael Theurer.

“50 Jahre Römische Verträge – Europa zwischen Faszination und Verpflichtung – Die Liberale Vision“, so der Titel des Abends. Im gut gefüllten Jugendstilsaal des Mannheimer Bootshauses diskutierten und berieten die liberalen Eu-

ropapolitiker der FDP aus Land und Bund das Erreichte – und viel wichtiger noch – den noch zu beschreitenden Weg eines liberalen Europas – mit modernen Strukturen, Mehrheitsentscheidungen, einem reformierten Finanzwesen und einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.

Dr. Bangemann stellte in seiner Rede acht Thesen zu Europa und zur Europäischen Union auf. Darin behandelte er alle strittigen Fragen innerhalb der europäischen Union, aber auch die Stellung Europas in der Welt angesichts der Herausforderungen und Chancen, die durch die Globalisierung entstünden. Die Kraft der Liberalen sei dabei von ausschlaggebender Bedeutung, wenn die Vision Europas auch in Zukunft von Vernunft geleitet werden solle. „Europa muss mit einer Stimme sprechen lernen“ – so das Credo der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der ALDE-Fraktion im EU-Parlament, Dr. Silvana Koch-Mehrin.

Dies besonders, aber nicht nur in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik. In der liberalen Fraktion in Brüssel sei man sich außerdem einig: Die Bürger Europas sollten selbständig über ihre Verfassung entscheiden können. So sollte in einem Referendum über die Annahme der Verfassungsverträge entschieden werden.

„Die Verpflichtung steht vorne!“ Das sagt der FDP-Europapolitiker Michael Link. „Wir müssen das erhalten, was wir für Europa geschaffen haben.“ Egal ob Binnenmarkt, nationale Industriepolitik oder Wettbewerbsregeln – überall würden die Errungenschaften der EU zurzeit unterhöhlt. Die FDP werde keine weitere Aushöhlung der EU-Verfassung und des Binnenmarktes nach der „Merkel-Methode“ hinnehmen, sagte Link. „Überall hinlächeln, jedem ein Bisschen nach dem Mund reden, und hintenrum knallhart Fakten schaffen, das ist die Methode Merkel“, so Link. Mehr Transparenz und parlamentarische Kontrolle – ein Mittel zur Reduzierung von Missständen im europäischen Kontext, so Michael Theurer, europapolitischer Sprecher der FDP/DVP Landtagsfraktion. Dies gelte es jetzt auszuloten. Europa wachse von unten, und man könne es keiner Region überstülpen, betonte er. „Liberale Visionen für Europa gehen viel weiter, als der jetzige Verfassungsvertrag“, so Theurer.

## **Politischer Aschermittwoch am 21. Februar 2007 in Bad Rappenau**

Der 8. politische Aschermittwoch der FDP Baden-Württemberg im Großen Saal des Kurhauses in Bad Rappenau statt.

Redner waren beim traditionellen liberalen Beginn der Fastenzeit der baden-württembergische Staatssekretär Richard Drautz, der örtliche Bundestagsabgeordnete und Landesschatzmeister der Liberalen, Michael Link, Wirtschaftsminister Ernst Pfister, der Generalsekretär der FDP, Dirk Niebel, und die Landesvorsitzende der FDP und stellvertretende Bundestagsfraktionsvorsitzende Birgit Homburger. Wie zu jeder Aschermittwochskundgebung durfte auch 2007 mit offenen Worten, klaren Aussagen und kämpferischen Reden zu Beginn der Fastenzeit nicht gespart werden.



## **Landeshauptausschuss am 21. April 2007 in Esslingen zum Thema Gentechnik**

Der Landeshauptausschuss – auch oft als „kleiner Parteitag“ bezeichnet – wird von der FDP in Baden-Württemberg dazu genutzt, Themen zu beraten, die eine intensivere Befassung verlangen. Im Mittelpunkt standen und stehen dabei Themen, die eine richtige Weichenstellung der Politik in Richtung Zukunft verlangen.

Ein Thema, das in Zukunft eine Schlüsselrolle spielen wird, ist der Umgang mit den Möglichkeiten, die die Gentechnologie bietet. Die fachliche Seite wurde auf einer Informations-Tour dargestellt, die die Landesvorsitzende Birgit Homburger quer durch ganz Baden-Württemberg machte. In Begleitung der zuständigen Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion, Dr. Christel Happach-Kasan wurden in einem einwöchigen Programm viele Einrichtungen besucht, die sich im Forschungsbereich, im Bereich der Koordination und Dienstleistung, aber auch im wirtschaftlichen Bereich mit der Gentechnologie befassen.





Dazu kamen Gespräche an den Universitäten Heidelberg, Freiburg, Hohenheim und Tübingen und bei Firmen, die sich im Umfeld dieser Forschungsbereiche gegründet haben. Außerdem fand ein Gespräch mit der Geschäftsführung der landesweiten Dachorganisation in Stuttgart statt.

Das Thema ist in der politischen Diskussion nicht spannungsfrei. Angst und Vorurteile verschleiern in vielen Fällen das Wissen über dieses Thema und führen zu einer ablehnenden Haltung. Um ein solides fachliches und sachliches Fundament zu erarbeiten, beauftragte der Landesvorstand Dr. Erik Schweickert, zum Landeshauptausschuss in Esslingen am 21. April einen Antrag zu erarbeiten, in dem den vielen Seiten der gentechnologischen Möglichkeiten Rechnung getragen wurde. An dieser Erarbeitung wirkten viele Experten und Landesfachausschüsse mit. Der Landeshauptausschuss selbst fand in Esslingen statt und gab der fachlichen Seite mit Referaten von Dr. Happach-Kasan und dem Rektor der Fachhochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen, Prof. Klaus Fischer genug Platz. Dies war die fachliche Vorbereitung für eine engagierte Diskussion über den Leitantrag, der von Dr. Erik Schweickert eingebracht wurde und der schließlich verabschiedet wurde. Damit konnten sich die Liberalen als erste Partei in Baden-Württemberg in diesem Zukunftsbereich fundiert und argumentativ überlegen aufstellen.

## Landeshauptausschuss am 26. Oktober 2007 in Salem zum Thema Kulturpolitik

Man kann es als „Paradox der Kulturpolitik“ bezeichnen, dass in der Kulturszene, in der Werte wie schöpferische Freiheit die Voraussetzung und eine gesicherte Finanzierung die Grundlage sind, die Liberalen als politische Richtung oftmals zu wenig stattfinden.

Daher bot es sich an, den Dialog mit den Kulturschaffenden im Südwesten durch eine „Kultur-Tour“ mit einem anschließenden Landeshauptausschuss zu suchen. Als Veranstaltungsort für den „kleinen Parteitag“ bot sich das Schloss und Kloster Salem am Bodensee an, dessen Erhalt in den Wochen und Monaten davor im Zentrum der kulturpolitischen Diskussion in Baden-Württemberg stand.

In guter Tradition stand im Vorfeld eine Tour durch Baden-Württemberg auf dem Programm, bei der die Landesvorsitzende Birgit Homburger Kulturschaffende in allen Bereichen im ganzen Land, von Lörrach bis Tauberbischofsheim und von Mannheim bis Ulm besuchte und mit ihnen ins Gespräch kam. Dabei zeigte sich immer wieder, dass gerade die Vielfalt der Kulturlandschaft die Freiheit braucht. Kultur ist ein sehr breiter Begriff, in dem von der Selbstverwirklichung des Einzelnen über intellektuell-anspruchsvolle Inhalte bis hin zu handfesten wirtschaftlichen Interessen alles vertreten ist und vertreten sein muss.

Es war nicht einfach, diese große Spannweite in einem Antrag zum Landeshauptausschuss zu erfassen. Unter der Leitung von Jörg Brehmer ist dies allerdings gelungen



und so konnte der „Kleine Parteitag“ mit dieser Grundlage starten. Es begann im wahrsten Sinne des Wortes majestätisch, denn der Hausherr von Schloss Salem, Prinz Bernhard von Baden, begrüßte die Anwesenden herzlich. Ohne Pulverdampf waren die Demokraten somit auf das Schloss gelangt. Das hätten die Vorfahren vor 160 Jahren auch nicht geglaubt, als sie bei der 1848er Revolution in Baden gegen die Privilegien der Aristokraten aufgestanden waren.

Der Intendant des Theaters und Philharmonischen Orchesters der Stadt Heidelberg, Peter Spuhler und der Geschäftsführer des Landesverbandes der Freien Theater, Alexander Opitz, hielten die Impulsreferate, die deutlich

machten, dass der Faktor Kultur bei aller Unterschiedlichkeit der Angebote doch für einen Standort wie Baden-Württemberg wichtig bleibt. Die Absicherung der reichen Kulturlandschaft des deutschen Südwestens war Kernstück des Antrages, der die FDP im Land in ihrer konkreten Aussage fest im Bereich der Kulturpolitik verankert.

## Veranstaltung „Sekt oder Selters?“ am 7. Dezember 2007 zum Thema EU-Financen in Niefern

Das vereinte Europa ist ein wirklicher Erfolg. Es brachte Frieden und Wohlstand für Generationen. Für die Liberalen ist Europa ein echtes Herzensanliegen. Daher behandeln wir das Thema nicht nur in heißen Wahlkampfzeiten, sondern bieten für die Bürgerinnen und Bürger laufend interessante Veranstaltungen zu diesem Thema an. In einer Veranstaltung im Nordschwarzwald widmeten wir uns in Zusammenarbeit mit der liberalen Partei Europas mit kompetenten Referenten dem umfassenden und komplexen



Thema der EU-Financen. Milliarden von Euro werden in den öffentlichen Haushalten verteilt. Die Haushalte der Städte und Gemeinden, der Länder, des Bundes und der EU sind miteinander verflochten und voneinander abhängig. Wie steht Europa nun da? Ist es Anlass, die Sektflaschen zu öffnen? Oder genügt ein Glas Wasser? Das haben wir direkt ausprobiert. Die Teilnehmer bekamen Gelegenheit, allerlei Getränkearten sowie edle Produkte von Dr. Erik Schweickert aus der ältesten Sektkellerei Badens zu verkosten und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Finanzhaushalte zu erleben.

Unter dieser fachkundigen Anleitung wurden die Teilnehmer thematisch direkt zu einem Vortrag von Michael Link geführt, der als Sprecher für die EU-Financen der FDP-Bundestagsfraktion. Er schaffte es, die komplexe Materie anschaulich und nachvollziehbar für alle zu gestalten.

## Verleihung der Reinhold-Maier-Medaille an Neelie Kroes am 8. Dezember 2007 in Stuttgart

„Für ihren Einsatz für umfassende Freiheit und offene Gesellschaft in einer gelebten Demokratie“ – mit diesen Worten ehrte die Landesvorsitzende der FDP Baden-Württemberg, Birgit Homburger, die EU-Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes, die am 8. Dezember 2007 in Stuttgart mit der Reinhold-Maier-Medaille ausgezeichnet wurde.

Die 66-jährige Niederländerin aus der liberalen Partei „VVD“ ist seit 2004 Wettbewerbskommissarin in der Europäischen Union. Birgit Homburger würdigte in Ihrer Laudatio Neelie Kroes als „Kämpferin für den umfassenden liberalen Gedanken.“

In seiner Begrüßung wies der baden-württembergische Justizminister, stellvertretende Ministerpräsident und Vorsitzende der Reinhold-Maier-Stiftung, Ulrich Goll, auf die 30-jährige Tradition der liberalen Landesstiftung hin und ihre Verdienste in der politischen Bildung im Geiste des ersten baden-württembergischen Ministerpräsidenten Reinhold Maier hin, der „Demokratie von unten“ als maßgeblich für eine lebendige Demokratie bezeichnet habe.



inhold Maier hin, der „Demokratie von unten“ als maßgeblich für eine lebendige Demokratie bezeichnet habe.

Neelie Kroes wies in ihrer Rede auf die Vorteile hin, die der freie Markt im Laufe der Jahrzehnte vielen Bürgern Europas gebracht habe. Der Kampf gegen Kartelle und Preisabsprache sei ein wesentlicher Bestandteil einer Wirtschaft, die den Verbrauchern die beste Auswahl bei günstigen Preisen garantieren könne. Dies sei nur durch unermüdliche Wachsamkeit und kompromisslose Politik möglich. Es gäbe immer wieder Bestrebungen, den Markt zu dominieren. Dazu zählt sie auch staatlicher Beihilfen,

die zwar eine erste Stütze sein könnten, als Dauersubventionen jedoch falsche Prioritäten setzen würden und den Wettbewerb verzerren.

Mit den Worten „Wir Liberale machen Politik, dass die Menschen in zwanzig Jahren sagen können: Sie haben das Beste versucht und zum Glück das Meiste erreicht“ schloss sie ihre Rede ab, die mehr als 300 Besucher in die „Alte Reithalle“ nach Stuttgart gezogen hatte.

*DREIKÖNIGSTREFFEN 5./6. JANUAR 2008 IN STUTTGART*

## 102. ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG

AM 5. JANUAR 2008

### Den Spitzenplatz behaupten: FDP in Baden-Württemberg

Die FDP trägt Verantwortung in Baden-Württemberg, dem erfolgreichsten unter den Ländern. Dies ist gut für Land und Leute, aber es ist auch eine tägliche Herausforderung, an diesem Vorsprung zu arbeiten.

Kennzeichnend für diese Leistung war die Auswahl der programmatischen Höhepunkte beim Dreikönigsparteitag 2008. Der Leitantrag befasste sich damit, wie man den wirtschaftlichen Platz 1 behaupten kann. Ein weiterer Antrag, der durch eine eigens dafür eingerichtete Arbeitsgruppe unter Leitung von Frau Dr. Birgit Arnold vorbereitet worden war, stellte wichtige Änderungsvorschläge vor, um die Hauptschule in Baden-Württemberg attraktiver für Schüler, Lehrer und Eltern zu machen. Mit einem Antrag zur dringend notwendigen Luftverkehrskonzeption Baden-Württemberg bezog die FDP Stellung zur aktuellen Diskussion um den Ausbau des Stuttgarter Flughafens. Mit der Forderung nach einer Konzeption, die das gesamte Land umfasst, stießen die Liberalen damit in eine fast schon selbstverständliche



Forderung vor. Die solide Politik im Südwesten erleichterte es den Prominenten aus den Reihen der FDP, das Signal von der Kundgebung im Staatstheater noch intensiver zu machen. Angesichts der bundesweiten Wahlerfolge und der steigenden Umfragen konnten die Liberalen kämpferisch und selbstbewusst ins neue Jahr gehen.

### Dreikönigskundgebung 2008

Bei der Kundgebung am Dreikönigstag zeigen die Liberalen die Vielfalt. Dies war auch wieder bei der Kundgebung 2008 der Fall. Bereits in ihrer Begrüßung fand Birgit Homberger deutliche Worte. Sie erinnerte daran, dass die Revolution von 1848 mit den Liberalen immer noch lebendig sei. Bis zum heutigen Tag würden die Freiheitsforderungen der selbstbewussten Bürger gegen einen immer übermächtigeren Staat an Bedeutung gewinnen. Sie zeigte auf, wie die Freiheit stückchenweise zu verschwinden droht. Insbesondere die linken Populisten seien eine stete Gefahr. Dagegen setze die FDP die Kraft der Bürger, die sich engagiert einmischen. „Sprechen Sie mit Ihrem Nachbarn nicht über das Wetter, sondern über die Freiheit!“ appellierte sie schließlich eindringlich. Der Kampf für die Freiheit zog sich auch wie ein blau-gelber Faden durch die Rede des stellvertretenden Ministerpräsidenten und liberalen Justizministers Baden-Württembergs, Prof. Dr. Ulrich Goll.



Er ging auf die unterschiedlichsten Bereiche der Gesellschafts-, Wirtschafts- und Sozialpolitik ein und ließ keine Gelegenheit verstreichen, die falschen Konzepte der roten und schwarzen Koalitionäre zu brandmarken. Mit der linken Seite des politischen Spektrums beschäftigte sich der Bundesvorsitzende Dr. Guido Westerwelle eingehend. Er zeigte deutlich, wie sehr das Pendel der politischen Kultur in Deutschland seit geraumer Zeit nach links zu schwenken droht und – was noch viel dramatischer war – wie Teile der CDU diesem Pendel ängstlich folgen. Vor diesem Hintergrund waren auch die deutlichen Worte zu verstehen, mit denen der Bundesgeneralsekretär Dirk Niebel bereits im Vorfeld der Kundgebung die linken Kräfte zum



politischen Duell gestellt hatte. Mit diesen klaren Positionsbestimmungen gingen die Liberalen in das politische Jahr. Eine Klarheit, die sich bei den folgenden Wahlen übrigens auszahlen sollte.

## Politischer Aschermittwoch am 6. Februar 2008 in Karlsruhe

Stürmisch war der Himmel über der badischen Residenzstadt, und schwungvoll war auch der politische Aschermittwoch der baden-württembergischen FDP, die ihr Aschermittwochstreffen 2008 in Karlsruhe abhielten. In guter Aschermittwochstradition wurde dabei nicht an klaren Worten gespart, die auf allen Ebenen gefunden wurden.

Den Anfang machte der Kreisvorsitzende der FDP in Karlsruhe, Heinz Golombeck, der die über 250 Gäste im Brauhaus Hoepfner willkommen hieß. Der FDP-Generalsekretär Dirk Niebel wies in gekonnter Weise auf die wichtigsten Politiklinien in Deutschland hin. Deutliche Worte zur Landespolitik fand der FDP/DVP-Fraktionsvorsitzende im Landtag von Baden-Württemberg, Dr. Ulrich Noll.

Die FDP-Landesvorsitzende Birgit Homburger nutzte die kämpferische Stimmung im Saal, um weiter nachzulegen. Sie erinnerte gleich zu Beginn an die Tradition der Revolution von 1847/48, bei der die Liberalen für Prinzipien der Freiheit auf die Barrikaden gegangen seien. Dies hätte gezeigt, dass „der Kampf um die Freiheit Geschichte hat und eine Aufgabe bleiben wird“ – so Birgit Homburger. Ob dies die Abwehr eines übertriebenen Polizeistaates sei oder das Recht der Bürger, für ihr Einkommen selbst zu sorgen und maßvolle Steuern zahlen zu müssen – all diese Dinge seien in Baden schon vor 160 Jahren gefordert worden.

Die Menschen könnten sich auf die Liberalen verlassen. Als Ausklang verabschiedete der Bezirksvorsitzende Patrick Meinhardt die Versammlung, nicht ohne darauf hinzuweisen, dass Karlsruhe der richtige Ort für den politischen Aschermittwoch sei. „Wir freuen uns schon auf den liberalen Aschermittwoch 2009 in Karlsruhe!“ rief Meinhardt zum Abschluss.

## Landeshauptausschuss am 19. April 2008 in Schwäbisch Gmünd zum Thema Energiepolitik

Das Thema „Energie“ ist ein wichtiges Schlüsselthema für einen führenden Industriestandort wie Baden-Württemberg, aber es ist zugleich auch für den Verbraucher im Alltag erfahrbar: Steigende Energiepreise und Versorgungssicherheit sind für jeden ein Thema, das er im eigenen Geldbeutel spürt.



Für die FDP Baden-Württemberg war es daher wichtig, dass sie den Landeshauptausschuss im Frühjahr 2008 unter dieses Thema stellte. Unter Federführung des Wirtschaftsministers Ernst Pfister wurde in engagierter Arbeit ein zukunftsweisender Leitantrag ausgearbeitet. Wie üblich, bereiste die Landesvorsitzende Birgit Homburger das Land und kam vor Ort mit vielen unterschiedlichen Energieprojekten ins Gespräch. Die örtlichen Parteivertreterinnen und Parteivertreter und die Abgeordneten aus der jeweiligen Region sorgten dafür, dass die Präsenz der FDP garantiert war.

Als Referenten traten beim "kleinen Parteitag" Johannes Fuchs, Landrat im Rems-Murr-Kreis und aus der Energiewirtschaft und -beratung selbst Michael Gassner und Rudolf Kastner auf, die neben den technischen und ökonomischen Möglichkeiten auch die politische Seite von Energiekonzepten beleuchteten. Die energiepolitischen Diskussionen, die in den nächsten Wochen und Monaten stattfinden, können von liberaler Seite aus mit fundierten Argumenten begleitet werden.

# DIE INNERPARTEILICHE GREMIENARBEIT

## Landesvorstand

Im Berichtszeitraum fanden 19 Sitzungen des Landesvorstandes statt, deren inhaltlicher Schwerpunkt die Vorbereitung der Landtags- und Bundestagswahlen bzw. die Koalitionsgespräche waren.

14.07.06

Diese Landesvorstandssitzung stand erwartungsgemäß ganz im Zeichen des Wahl-Landesparteitags am 15. Juli 2006. Nach Klärung einiger personeller Fragen war die Lage für eine reibungslose Wahl bereitet. Dadurch konnten wichtige inhaltliche Punkte neben den Wahlen in den Mittelpunkt gerückt werden, die sich am folgenden Tag als inhaltliche Stärke der FDP Baden-Württemberg erwiesen.

22. und 23. 09.06 (Klausursitzung in Ettlingen)

Die Klausurtagung des Landesvorstands hatte den Blick auf die großen Ziele, die es in den kommenden beiden Jahren zu erreichen gilt, ohne die Formalitäten und eine gesicherte Grundlage außer Acht zu lassen.

Zu den großen Zielen zählte eine ausführliche Diskussion zur politischen Lage, ebenso wie eine Erörterung der taktischen und strategischen Möglichkeiten. Dabei wurde immer wieder übereinstimmend betont, dass ein wesentlicher qualitativer Vorsprung der FDP Baden-Württemberg in ihrer personellen Geschlossenheit und der Zuverlässigkeit in der Frage des inhaltlichen Kurses lag und liegen wird. Die anliegenden Projekte wurden tatkräftig in die Hand genommen, z.B. durch die Gründung von eigenen Arbeitsgruppen zur Europa- oder Kommunalwahl 2009, zur Vorbereitung einer Großstadtoffensive, der Durchführung eines Mentoring-Programms für Frauen in der Politik und der Initiativen zur Kulturpolitik, die in einen Landeshauptausschuss zu diesem Thema münden sollten.

21.10.2006

Bei dieser Sitzung standen zunächst einige wichtige organisatorische und formale Entscheidungen an. So wurden die Vertreter im Verwaltungsrat der Reinhold-Maier-Stiftung und die Obleute für die Landesfachausschüsse bestimmt. In einer ausführlichen Aussprache zur Landes- und Bundespolitik wurden die wichtigsten laufenden Diskussionen, z.B. die Diskussion um den Verkauf historischer Hand-

schriften, die politischen Aspekte von Stuttgart21 oder der Stand der Föderalismuskommission aufgegriffen.

25.11.06

Der bevorstehende Dreikönigsparteitag warf bereits seine Vorzeichen voraus. Die inhaltliche Ausrichtung, aber auch der Ablauf des Parteitags waren Themen dieser Sitzung. Ein weiterer Tagesordnungspunkt beschäftigte sich ausführlich mit dem Stand der Finanzen, den der Landesschatzmeister Michael Link vorlegte und der im Rahmen der stabilen Planung lag. Außerdem beschäftigte sich der Landesvorstand mit Hilfsmöglichkeiten für strukturell schwächere Kreisverbände in Baden-Württemberg

04.01.07

Wie üblich befasste sich der Landesvorstand bei dieser Sitzung mit dem Dreikönigsparteitag am folgenden Tag. Die ausführliche Vorbereitung ließ jedoch noch genug Zeit, um über wichtige Veranstaltungen der kommenden Monate, also z.B. des geplanten politischen Aschermittwochs in Bad Rappenau oder den Landeshauptausschuss im April zu beraten.

03.02.07

Erstmalig im Jahr 2007 fand bei dieser Sitzung die Vorstellung der Arbeit eines Landesfachausschusses statt. Die Vorsitzende des LFA „Gesundheits-, Sozial- und Gesellschaftspolitik“, Dr. Claudia Kunz, stellte die wichtigsten Projekte vor. Als weiterer inhaltlicher Schwerpunkt wird die Kulturkampagne in Baden-Württemberg beschlossen, die in Absprache mit dem LFA „Kultur“ unter Leitung von Jörg Brehmer stattfinden wird.

23.03.07

In dieser Sitzung stand die Vorbereitung des Landeshauptausschusses am 21. April zum Thema „Gentechnik“ auf dem Programm. Ein weiterer Punkt war die Lage der Finanzen des Landesverbandes. Der Schatzmeister des Landesverbandes, Michael Link, konnte einen soliden Zwischenstand verkünden.



28.04.07

Auf dem Programm der April-Sitzung stand die Vorbereitung zum bevorstehenden Bundesparteitag in Stuttgart. Die FDP Baden-Württemberg ist mit einer Reihe von inhaltlich hervorragend ausgearbeiteten Anträgen, z.B. zur Online-Durchsuchung oder zur Gentechnologie, vertreten. In dieser Sitzung stellte der Vorsitzende des LFA „Forschung und Technologie“, Michael Conz, die Arbeit des Fachausschusses vor. Des Weiteren wurden vom Dreikönigsparteitag überwiesene Anträge bearbeitet.

09.06.07

Der Bundesparteitag vom 15. bis zum 17. Juni in Stuttgart stand auf der Tagesordnung. Letzte Koordinierungen konnten vorgenommen werden. Daniel Obst, der Vorsitzende des Landesfachausschusses „Europapolitik“, berichtete von der Arbeit. Darüber hinaus konnte eine große Fülle von Anträgen beraten werden, die beim vergangenen Landesparteitag zur späteren Behandlung vertagt werden mussten. Darüber hinaus verabschiedet der Landesvorstand noch wichtige Thesen zur weiteren Gestaltung der Europapolitik.

21.07.07

Die Sitzung befasste sich mit dem Landesfachausschuss zur Kulturpolitik, der im Herbst geplant ist. Es wurde beschlossen, ihn in Salem durchzuführen, was thematisch angesichts der Diskussion um den Erhalt dieses Schlosses passt. Prof. Dr. Berthold Meyer stellte den Landesfachausschuss „Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik“ vor.

21. und 22.09.07 (Klausursitzung in Stuttgart)

Wie bei einer 2-tägigen Klausurtagung üblich, stellte sich der Landesvorstand auch im September 2007 einem ambitionierten Programm. Es war genug Zeit, um die inhaltlichen und organisatorischen Dinge ausführlich zu besprechen.

Dies bedeutete bei dieser Sitzung im frühen Herbst, dass insbesondere die Themen Bildungspolitik und Online-Durchsuchungen ausführlich besprochen wurden. Zum Thema Bildungspolitik wurde ein ausführliches Positionspapier beschlossen.

Am zweiten Sitzungstag war viel Zeit zur ausführlichen Beratung organisatorischer Sachverhalte, wie die Verleihung der Reinhold-Maier-Medaille oder die Gestaltung des

nächsten Landeshauptausschusses. Als inhaltlicher Impuls wurde ein Zwischenbericht der Grundsatzkommission vom stellvertretenden Kommissionsleiter Pascal Kober gegeben. Für die Beratung von Satzungsänderungsvorschlägen nahm sich der Landesvorstand ausführlich Zeit.

26.10.07

Diese Sitzung stand ganz unter dem Vorzeichen der Vorbereitung des Landeshauptausschusses zum Thema „Kulturpolitik“ am folgenden Tag in Salem (Kreis Konstanz). Die Antragslage und Formalitäten zur Tagesordnung konnten geklärt werden. In einer engagierten Diskussion wurde das Thema „Kulturgüterverkauf“ diskutiert.

24.11.07

Die gründliche Vorbereitung des Dreikönigsparteitags Anfang Januar stand hier im Mittelpunkt. Dabei wurden der Leitantrag zur Mittelstandspolitik und der durch eine Arbeitsgruppe gründlich vorbereitete Antrag zur „Zukunft der Hauptschule“ erörtert und beratungstauglich gemacht. Die wichtigsten Formalitäten zum erfolgreichen Ablauf des Dreikönigsparteitags wurden besprochen.

04.01.08

Diese Landesvorstandssitzung stand, wie immer, im Zeichen des Dreikönigsparteitags am folgenden Tag. Dabei wurden die wichtigsten inhaltlichen Grundzüge besprochen und beschlossen, um dem Parteitag inhaltliche Prägnanz zu geben. Im Mittelpunkt standen dabei die Diskussion um eine zweite Startbahn am Stuttgarter Flughafen und das Informationsfreiheitsgesetz. Vorausplanend wurden wichtige Entscheidungen für die Veranstaltungen im Frühjahr getroffen (Politischer Aschermittwoch und Landeshauptausschuss).

16.02.08

Bereits in der ersten Sitzung nach dem Dreikönigsparteitag nahm der Landesvorstand ein volles Arbeitspensum auf. Die Anträge, die beim Parteitag nicht behandelt worden waren, wurden nun, beginnend mit dieser Sitzung, durchgearbeitet. Dazu werden die Antragssteller eingeladen.

Ein weiterer wichtiger Punkt war die Vorstellung der Arbeit der „Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker“ (VLK) in Baden-Württemberg, deren Vorsitzende, Oberbürgermeisterin Gabriela Büssemer, einen Überblick über die Chancen der Liberalen bei den zukünftigen (Ober-) Bürgermeisterwahlen im Land verschaffte.

15.03.08

In einer ambitionierten Tagesordnung schaffte der Landesvorstand ein großes Pensum. Zunächst stand eine Diskussion über die Grundsatzausrichtung an, bei der der Landesvorstand für den Landesverband Baden-Württemberg ein klares Signal gab, in dem er sich weiterhin für einen deutlichen, zuverlässigen und berechenbaren Kurs bei personeller Geschlossenheit aussprach. Dies wird für die FDP der Erfolgsgarant der nächsten Jahre sein.

Mit großer Gründlichkeit bereitete der Landesvorstand den Leitantrag zum Thema „Energie“ beim im April bevorstehenden Landeshauptausschuss vor und widmete zum Ende der Sitzung die Aufmerksamkeit noch ausführlich einigen vom Dreikönigsparteitag verwiesenen Anträgen.

18.04.08

Die April-Sitzung des Landesvorstandes war geprägt von zukunftsweisender Arbeit im eigentlichen Sinne. Dazu zählte zunächst ein Überblick über die finanziellen Verhältnisse und Vorhaben, um auch weiterhin auf einem stabilen Fundament zu stehen. Des Weiteren wurde der Landeshauptausschuss am folgenden Tag und eine Reihe weiterer verwiesener Anträge beraten und beschlossen.

24.05.08

Bei dieser Sitzung war es geschafft: Der Landesvorstand konnte die letzten Anträge, die vom Dreikönigsparteitag verwiesen worden waren, behandeln. Gemeinsam mit den Vorbereitungen für den Leitantrag für den Landesparteitag in Mannheim zum Thema „Innovation für Arbeit“, der unter der Federführung von Dr. Hans-Ulrich Rülke vorbereitet wurde, schaffte der Landesvorstand so ein wichtiges Stück programmatischer Arbeit. Außerdem wurde beschlossen, beim folgenden Dreikönigsparteitag das Thema „Urbaner Liberalismus“ auf Initiative von Michael Theurer als Schwerpunkt zu beraten.

## KREISVORSITZEN- DENKONFERENZEN

### KVK/Delegiertenbesprechung am 28. April 2007 in Stuttgart

Der Sinn von Kreisvorsitzendenkonferenzen liegt darin, eine Möglichkeit für Austausch und Diskussion zu bieten. Das Motto lautet: „Miteinander statt nur nebeneinander her.“ Folgerichtig war dies auch der Fall bei der Aprilkonferenz in Stuttgart, zu der die meisten Kreisvorsitzenden erschienen waren. Es zeigte sich dabei, dass der Austausch von Informationen für die Partei ungemein wichtig ist. Ein Schwerpunkt lag bei der Vorbereitung der kommenden Wahlkämpfe 2009. Für die Europa- und die Kommunalwahl im Frühjahr wurden die beiden vorbereitenden Arbeitsgruppen vorgestellt. Deren Vorsitzende, Dr. Erik Schweickert und die Oberbürgermeisterin Gabriela Büsemaker stellten die Möglichkeiten vor und ermunterten die Anwesenden, durch rechtzeitige Planung alle Chancen zu nutzen.

Die generelle Aussprache zur Landespolitik zeigte die Erfolge, die seit dem Dreikönigsparteitag vorzuweisen waren. Bei allen wichtigen Entscheidungen, zur Änderung des Landtagswahlrechts, zu der Schaffung eines Pensionsfonds für das Land oder in Fragen des Umgangs mit dem Datenschutz ist die liberale Handschrift überall deutlich zu erkennen.

Ein weiterer Punkt behandelte die Großstadtoffensive, die unter der Leitung des stellvertretenden Landesvorsitzenden und Oberbürgermeisters Michael Theurer zusammengetreten war und wirksame Strategien für den Erfolg der Liberalen in den Großstädten ausarbeitete.

# ARBEITSGRUPPEN DES LANDESVORSTANDES

## GROSSSTADTOFFENSIVE

Die Vielfalt der Menschen ist nirgendwo größer als in den Großstädten. Hier leben Menschen mit den unterschiedlichsten Lebensentwürfen und Talenten. Individualismus und Pluralismus prägen die großstädtische Gesellschaft. Von den Voraussetzungen her ist dies eine gute Ausgangssituation für die Liberalen. Dennoch wird dieses Potenzial zu wenig genutzt. Menschen in der Großstadt als Mitglieder und Wähler zu gewinnen, ist eine beständige Herausforderung. Aus diesem Grund hat sich der Landesvorstand entschlossen, eine Arbeitsgruppe unter Leitung des stellvertretenden Landesvorsitzenden und Oberbürgermeisters Michael Theurer MdL einzusetzen, die sich mit diesem Thema befasst.

Gemeinsam mit Vertretern von FDP-Gliederungen in der Großstadt und unter Zugrundelegung wissenschaftlicher Ergebnisse aus der Bevölkerungs- und Wahlforschung erarbeitete die Gruppe ein Papier, das sich mit der Definition, Umsetzungsvorschlägen und konkreten Forderungen der Liberalen in Großstädten beschäftigt. Das Papier wird nach intensiven Beratungen in den betreffenden Kreisverbänden beim kommenden Dreikönigsparteitag beraten werden.

## AG EUROPAWAHL 2009

Unter der Leitung von Dr. Erik Schweickert hat sich bereits zu Beginn der Amtszeit des Vorstandes eine Arbeitsgruppe gebildet, um die Themen für Europawahl rechtzeitig vorzubereiten. Die Europawahl 2009 wird ein entscheidender Schritt, denn die FDP war in den vergangenen Jahren im Europäischen Parlament aktiv und unter dem Vorsitz von Dr. Silvana Koch-Mehrin engagiert für die Bürgerinnen und Bürger tätig. Diese wichtige Stimme der Liberalen ist ein Aushängeschild in ganz Europa, aber es zeigt den Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland vor allem, dass die Idee der Freiheit ihre Heimat in ganz Europa hat.

## AG KOMMUNALWAHL 2009

Die Stärke der FDP ist ihr kommunalpolitisches Engagement. Vor Ort sind viele liberale Mandatsträger tätig, um den Bürgerinnen und Bürgern zu zeigen, dass liberale Überzeugungen gerade in den Gemeinden wirksam werden.

Liberales Engagement vor Ort verlangt aber vor allen Dingen eine rechtzeitige Planung, denn dadurch können die Vorbereitungen ohne Stress für die einzelnen Kandidaten durchgeführt werden. Um diese Vorbereitungen von Seiten der Landesebene zu begleiten, hat sich die Ettlinger Oberbürgermeisterin und VLK (Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker)- Vorsitzende, Gabriela Büssemaker bereit erklärt, die vielen Ideen und Maßnahmen zu sammeln und auszuwerten. Dadurch werden optimale Ergebnisse im nächsten Frühjahr ermöglicht!

## AG HAUPTSCHULE

Die Zukunft der Hauptschule war und bleibt ein wichtiges Thema. In einer Zeit, in denen viele andere Parteien die Hauptschulen übergehen, hat sich die FDP Baden-Württemberg mit einem Antrag explizit mit der Hauptschule befasst und umfassende Verbesserungskonzepte entwickelt.

Die Hauptschule ist für uns Liberale ein wichtiger Bestandteil eines vielfältigen Bildungssystems. Sie schafft es, jährlich tausenden jungen Menschen Bildungsgrundlagen zu vermitteln und damit die Chancen im Berufsleben zu geben. Wie in vielen anderen Bildungsbereichen bedeuten diese Chancen aber durch mehr Freiheit für die Schulen selbst. Das heißt in der Konsequenz modernere Bildungsinhalte und individuellere Förderung der einzelnen Schüler. Unter der Leitung der schulpolitischen Sprecherin der FDP/DVP-Landtagsfraktion, Dr. Birgit Arnold, konnte auf die Initiative der Jungen Liberalen hin ein wegweisendes Papier verfasst und verabschiedet werden.

## SATZUNGSKOMMISSION

Eine Partei hat mit einem Motor manches gemeinsam: Er braucht Treibstoff und die richtige Mechanik. Der Treibstoff besteht aus unserer liberalen Überzeugung und unseren Inhalten. Die Mechanik sind die Funktionsmechanismen, die durch die Satzung festgelegt werden. Wie jeder leistungsstarke Motor, braucht auch die FDP nach einiger Zeit mal wieder eine Überprüfung. Damit dies von kundiger Hand geschieht, hat sich Bernhard Nüsch bereit erklärt, gemeinsam mit anderen Satzungsinteressierten die Landessatzung nach Stellen durchzusehen, die sich im politischen Alltag als verbesserungsbedürftig herausgestellt haben.

So konnte die Satzung gut vorbereitet und gründlich in

# LANDESFACHAUSSCHÜSSE

Bei der Sitzung am 21. Oktober 2006 in Stuttgart berief der Landesvorstand neue Obleute für die Landesfachausschüsse. Die organisatorische Struktur und die inhaltliche Abgrenzung der Arbeitsbereiche der Landesfachausschüsse blieben unverändert.

Am 24. März 2007 waren die Vorsitzenden der Landesfachausschüsse und Kommission zu einer Sitzung mit der Landesvorsitzenden eingeladen, um die zukünftige Programmarbeit zu besprechen.

Die Anlage 7 zu diesem Bericht enthält die Namen der Vorsitzenden und der Obleute der Landesfachausschüsse. Gemäß 3 Absatz 2 der Geschäftsordnung für Landesfachausschüsse und Arbeitsgruppen wurden von den Vorsitzenden der Landesfachausschüsse folgende Berichte über die Arbeit im Berichtszeitraum in den Jahren 2006 bis 2008 vorgelegt:

## LFA BILDUNG UND WISSENSCHAFT

Vorsitzender: Eckhard Behrens

Der Ausschuss hat in der zweiten Jahreshälfte 2006 drei, im Jahre 2007 sechs und in der ersten Jahreshälfte 2008 drei jeweils halbtägige Sitzungen abgehalten, die in der Regel an Samstagen nachmittags in Stuttgart stattfanden; es kamen in wechselnder Zusammensetzung etwa 15 bis 20 Teilnehmer – was auf der regelmäßigen Beteiligung der Abgeordneten und der parlamentarischen Berater, ihren ausführlichen Berichten und lebhaften Diskussionen über kleine und große schul- und hochschulpolitische Themen beruht; die Vergrößerung der Landtagsfraktion dank des Wahlerfolgs 2006 hat sich spürbar anregend ausgewirkt. Neben den aktuellen Berichten werden in jeder Sitzung ein Schwerpunktthema und mehrere kleinere Tagesordnungspunkte behandelt. – Anfang 2007 und Anfang 2008 wurde Eckhard Behrens jeweils als Vorsitzender wiedergewählt. Für die Funktion der stellvertretenden Vorsitzenden wurden Herr Wilfried Huber 2007 und Frau Stefanie Bermanseder 2007 und 2008 wiedergewählt; Herr Huber hat 2008 nicht wieder kandidiert; gewählt wurde Herr Prof. Dr. Peter Henning.

Seit 2006 ist die erste Stufe der Föderalismusreform in Kraft. Die Schul- und Hochschulpolitik des Landes hat darauf noch nicht konsequent reagiert, sondern verharret

in der Neigung sich mit anderen Bundesländern bildungspolitisch – insbesondere über die KMK – zu koordinieren, statt mit ihnen in einen bildungspolitischen Wettbewerb zu treten. Dem Landesfachausschuss ist bewusst, dass der Wettbewerbsföderalismus an die Landespolitik völlig neue Anforderungen stellt; die Fortsetzung der zentralistischen Planung und Lenkung des Schul- und Hochschulwesens würde im Partikularismus enden; sie muss im Interesse der bundes-, europa- und weltweiten Freizügigkeit beschleunigt ersetzt werden durch einen neuen ordnungspolitischen Rahmen mit Autonomie und Wettbewerb der Bildungseinrichtungen. Das erfordert ein großes Umdenken und eine Vielzahl kleiner Maßnahmen, die immer wieder Beratungsgegenstand waren. Im Vordergrund steht die Anerkennung von Bildungsvielfalt und ihren Ergebnissen im Ländle und anderswo im Bundesgebiet, in Europa und in der ganzen Welt; andersartige Bildungsgänge dürfen nicht mehr diskriminiert werden.

Die Entwicklungen der Schulpolitik in anderen Ländern war wiederholt Gegenstand der Beschäftigung; es ist ein internationaler Trend zur Aufhebung von Schulbezirken und zu vielfältiger Trägerschaft von Schulen (Charter Schools) bei Aufrechterhaltung der staatlichen Finanzierung zu beobachten, weil bessere Bildung kein Privileg gut betuchter Bevölkerungskreise bleiben darf und die Evaluation und das veröffentlichte Ranking mit dem Vorurteil aufgeräumt haben, dass alle Schulen gleich gut seien. Niemand darf in einer als schlechter empfundenen Schule festgehalten werden. Die Finanzierung muss dem Schüler in die neue Schule folgen.

Die Chancengleichheit der Kinder aus bildungsfernen Schichten muss schon in der Vorschulzeit konsequent angegangen werden – insbesondere mit frühen Sprachstandsdiagnosen und Hilfen zum rechtzeitigen Erwerb deutscher Sprachkenntnisse, die für eine möglichst zeitgerechte Einschulung unerlässlich sind. Ohne eine neue gesetzliche Pflicht zur Teilnahme an solchen Diagnosen im vierten Lebensjahr und die Bereitschaft, eine erforderliche Sprachbildung aus öffentlichen Mitteln zu bezahlen, wird das politisch unstrittige Ziel, alle normal begabten Kinder rechtzeitig zur Schulreife zu führen, nicht zu erreichen sein.

Darauf hat der LFA schon am Beginn des Berichtszeitraums nachdrücklich hingewiesen; inzwischen sind – mit Stiftungsmitteln finanziert – viel Erfahrungen gesammelt worden, aber die flächenmäßige Einführung und Finan-

zierung stehen noch immer aus. In der Biographie der betroffenen Kinder ist verlorene Zeit unwiederbringlich!

Zu Beginn des Berichtszeitraums befasste sich der LFA in jeder Sitzung mit der absehbaren Entwicklung in den Hauptschulen und wies nachdrücklich darauf hin, dass die großen Lehrerressourcen nicht optimal eingesetzt werden. Der Landesvorstand ließ daraufhin durch einen besonderen Arbeitskreis unter der Leitung von Frau Dr. Arnold einen Leitantrag Hauptschule für den Landesparteitag 2008 vorbereiten; dessen Entstehung hat der LFA kontinuierlich begleitet und die Verabschiedung unterstützt. – Jetzt endlich scheint sich auch beim Koalitionspartner herumsprechen, dass es nicht sinnvoll ist, an jeder kleinen Hauptschule festzuhalten, weil den Weg zum Werkrealschulabschluss nur mehrzügige Hauptschulen ebnen können.

Kontinuierlich wurde in beiden Jahren die Weiterentwicklung der Schulautonomie verfolgt und die Notwendigkeit von Wettbewerb der Bildungseinrichtungen um Schüler und um Lehrer betont. Konkrete Anlässe, auf die Bedeutung der Schulautonomie hinzuweisen, waren die harten Auseinandersetzungen um die Fremdsprachenfolge an den Gymnasien der Rheinschiene und die Diskussion um die Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung.

Die wettbewerbsbeschränkenden Schulbezirke müssen bei zunehmender Profilbildung der öffentlichen Schulen auch bald fallen; hier hat es wenigstens Lockerungen gegeben, wo die Kommunen dies wünschen. Zum Landesparteitag Dreikönig 2008 wurde ein Antrag gestellt, der die unstrittigen Forderungen zur Weiterentwicklung der Schulautonomie zusammenfasste, um der Entwicklung neue Impulse zu geben. Im Zuge der Revision der Verwaltungsreform im Schulbereich wird sicherzustellen sein, dass nennenswerte Kompetenzen an die einzelne Schule abgegeben werden und nicht nur eine Organisationsreform auf der Verwaltungsebene erfolgt.

Die Hochschulpolitik hat im Berichtszeitraum eine immer größere Rolle gespielt. Die von den Fesseln des Hochschulrahmengesetzes befreite Hochschulgesetzgebung des Landes wurde beratend begleitet – bis hin zur Aufwertung der Berufsakademien zu Hochschulen. Die Umwandlung der ZVS in eine Service-Einrichtung und die Reduzierung der Zinsen für Studiengebührenkredite waren besonders energisch verfolgte Anliegen. Die verbreiteten Klagen über die Verwendung der Einnahmen aus den Studiengebühren wurden besprochen und ein Antrag an den Landesparteitag im Juli 2008 formuliert. Ein weiterer Antrag an den Landesparteitag behandelt aktuelle Fragen der Besoldung im Hochschulbereich.

## LFA INNEN- UND RECHTSPOLITIK

Vorsitzender: Hartfrid Wolff

Die Arbeit des Landesfachausschusses Innen & Recht war in den vergangenen zwei Jahren geprägt durch sehr intensive Programmarbeit. Dies wurde durch die aktive Mitarbeit vieler engagierter Parteifreundinnen und Parteifreunde erst möglich; zahlreiche externe Fachleute konnten gewonnen werden. Hierfür bereits an dieser Stelle herzlichen Dank!

### INHALTE

Dabei standen sowohl bundes- als auch landespolitische Themenstellungen auf der Tagesordnung. Ein großer Erfolg ist der einstimmige Beschluss des FDP-Bundesparteitages 2007 in Stuttgart zu der ablehnenden Haltung der FDP zu den so genannten „Online-Durchsuchungen“, dem ein Antrag des Landesfachausschusses Innen & Recht zugrunde lag und der über den Landesverband Baden-Württemberg dort eingebracht wurde.

Des Weiteren werden auch 2008 auf dem FDP-Bundesparteitag in München zwei Anträge des baden-württembergischen Landesverbandes eingebracht, die über den LFA Innen & Recht vorbereitet wurden. Dabei handelt es sich um eine aktuelle Positionsbestimmung zu den verschiedensten Feldern der Inneren Sicherheit und um ein Modell für die Zuwanderungssteuerung insbesondere von Fachkräften und Hochqualifizierten. Weitere Anträge des LFA zum Bundesfachausschuss Innen & Recht, wie z.B. zur Neustrukturierung der Nachrichtendienste, sind zum Bundesparteitag eingebracht worden und Bestandteil der Programmatik der Bundestagsfraktion. Wichtige Impulse in den Landesverband, z.B. die Positionierung zur Videoüberwachung der Landespartei, gingen vom LFA Innen & Recht aus.

Landespolitisch bedeutsame innenpolitische Schwerpunkte bildete die Polizeireform in Baden-Württemberg, die intensive Bearbeitung der integrations- und ausländerrechtlichen Herausforderungen im Land ebenso wie der Islamismus aus Sicht der Sicherheitsbehörden. Auch konnten wir den ehemaligen Inspekteur der Polizei Baden-Württemberg, Herrn Willy Burger, gewinnen, ein Impulsreferat zur Möglichkeit der Privatisierung von Sicherheitsdienstleistungen zu halten. Der Leiter der Polizeihochschule Villingen-Schwenningen, Prof. Alexander Pick, informierte über die aktuelle Ausbildung der Polizeibeamtinnen und -beamten an seiner Landsinstitution. Auch waren die anstehenden Änderungen

im Beamtenrecht Gegenstand einer ordentlichen Sitzung.

Rechtspolitisch stand in den vergangenen zwei Jahren u.a. das Strafvollzugsrecht, der betriebswirtschaftliche Forderungseinzug, das Rechtsdienstleistungsg, der Kampf gegen die Produktpiraterie (Antrag zum Landesparteitag 2008 zusammen mit Harald Leibrecht MdB), die unterschiedlichen Initiativen der Landesregierung (u.a. Notariatsreform), aktuelle BGH- und BSG-Urteile aber auch speziell das derzeit neue Unterhaltsrecht im Fokus. 2006 bestand die ausgezeichnete Chance, auch die damals hochaktuellen und z.T. wegweisenden Beschlüsse des Deutschen Juristentages konkret zu analysieren und zu diskutieren.

Mit dem Täter-Opfer-Ausgleich (TOA) befasste sich der LFA Innen & Recht speziell auf einer „auswärtigen Sitzung“ in Heidenheim und konnte sowohl den Leiter des bundesweiten Servicebüros TOA in Köln, Herrn Gerd Delattre, als auch den Ansprechpartner des Vereins G-Recht e.V., Herrn Dieter Muckenhaupt, zu einer Diskussion gewinnen. Auch bildete weiterhin die Vorstellung der Aufgaben und Tätigkeiten eines Mediators in unterschiedlichen Wirtschaftsbereichen einen inhaltlichen Schwerpunkt. Diese Impulse konnten auch sehr gut von der Landtagsfraktion aufgegriffen werden; gerade das Thema der Weiterentwicklung des TOA bleibt aufgrund der großen präventiven Bedeutung auf der Tagesordnung.

Mit Ernst Burgbacher MdB hatten wir den stellv. Vorsitzenden der Föderalismuskommission zu Gast, der den aktuellen Stand bei den Verhandlungen zur Bund-Länder-Finanzreform erläuterte. Auch kümmerte sich der LFA Innen & Recht um die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie, vor allem im Hinblick auf die Umsetzung des „einheitlichen Ansprechpartners“, zu dem der stellv. Vorsitzende des Landesverbands der freien Berufe und Vorstand der Rechtsanwaltskammer Stuttgart, RA Dr. Björn Demuth, für einen Vortrag gewonnen werden konnte.

In einer gemeinsamen Sitzung der Landesfachausschüsse Innen & Recht und Kultur & Medien wurden die aktuellen Herausforderungen für öffentlich-rechtliche Medien auf Basis eines Vortrags von Landessenderdirektor Dr. Willi Steul diskutiert als auch die presserechtlichen Rahmenbedingungen dargestellt.

#### *ORGANISATORISCHES/INNERVERBANDLICHES*

Der Landesfachausschuss Innen & Recht führte in diesem Zeitraum neben den ordentlichen Sitzungen zwei zweitä-

gige Klausurtagungen in Villingen-Schwenningen und in Murrhardt durch. Dabei stand nicht nur der inhaltliche sondern auch der gesellige Teil der Arbeit durchaus mit auf der Tagesordnung.

Eine gemeinsame Sitzung mit dem LFA Kultur und Medien fand im Frühjahr 2008 statt, an der neben den medienpolitischen Themen (s.o.) auch der stellv. Vorsitzende der Grundsatzkommission, Pascal Kober, über die Arbeit der Kommission und deren inhaltlichen Impulse berichtete. Geplant ist ebenso eine gemeinsame Sitzung mit dem LFA Europa.

Auf einem „LFA vor Ort“ in Iffezheim konnten sich die Mitglieder über die Besonderheiten der Sportwetten informieren und sich mit den internationalen Anforderungen dieses außergewöhnlichen gesellschaftlichen Bereichs beschäftigen. Auf Einladung des LFA Innen & Recht fand eine Führung durch die Ausstellung „Die missbrauchte Religion – Islamisten in Deutschland“ im Haus der Geschichte Baden-Württemberg statt. Viele Mitglieder des LFA folgten auch einer Einladung der IHK Bezirkskammer und des FDP-Kreisverbandes Esslingen zu einer Veranstaltung zu wirtschaftsrechtlichen Fragen, die von LFA-Mitgliedern mit Vorträgen inhaltlich bestritten und von Michael Brückner federführend vorbereitet wurde.

#### *PERSONELLES*

In dem zurückliegenden Zeitraum 2006-2008 wurde der Landesfachausschuss Innen & Recht durch den Unterzeichner zusammen mit den stellvertretenden Vorsitzenden, RAin Sibylle Laurischk MdB und RegPräs Johannes Schmalzl geleitet.

Justizminister Prof. Dr. Ulrich Goll MdL nahm häufig an Sitzungen des Landesfachausschusses aktiv teil. Die Zusammenarbeit mit ihm als auch mit der Landtagsfraktion war vorbildlich: Dr. Hans-Peter Wetzel MdL, Hagen Kluck MdL und Michael Theurer MdL waren häufig bei den Sitzungen zugegen bzw. selbst als Referenten aktiv; die Parl. Berater der Landtagsfraktion waren immer als Ansprechpartner bei inhaltlichen wie organisatorischen Fragen zur Stelle.

Der Landesfachausschuss und die FDP Baden-Württemberg sind auf Bundesebene im Bundesfachausschuss Innen & Recht sehr gut vertreten. Neben den gewählten und regelmäßig anwesenden BFA-Mitgliedern RA Ekkehard Kiesswetter, DirRH Andreas Knapp und dem Unterzeichner leitet RAin Corinna Werwigk-Hertneck den BFA, MDirgt Prof. Ulrich Stephan wurde als Sachverständiger gewählt und RegPräs Johannes Schmalzl, RAin Sibylle Laurischk

MdB, RArbG Daniel Obst und StA Dr. Peter Schneiderhan sind angesehene, sachverständige und regelmäßige Gäste, letzterer als Vertreter der Auslandsgruppe Europa als Delegierter, im Bundesfachausschuss.

Zusammenfassend lässt sich hervorheben, dass die Arbeit des LFA in den letzten zwei Jahren sehr erfolgreich war, welches auch daran lag, dass die Bereitschaft zur Mitarbeit seitens der Mitglieder im Landesfachausschuss auf breiter Basis sehr groß war. Es gelang, sehr produktiv sowohl längerfristige Projekte anzustoßen, als auch tagesaktuelle Debatten zu führen und entsprechende Beschlüsse hierzu zu fassen und weiterzuleiten. Viele Initiativen waren landes- und bundesweit erfolgreich.

## LFA VERKEHRSPOLITIK

Vorsitzender: Stefan Tritschler

Dem Landesfachausschuss (LFA) Verkehrspolitik gehören derzeit rund 40 sachkundige und thematikinteressierte Parteifreundinnen und Parteifreunde aus ganz Baden-Württemberg an, von denen viele engagiert und regelmäßig mitarbeiten. Die stabile Präsenz von rund 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmern bei Sitzungen und Vor-Ort-Terminen unterstreicht die hohe Bedeutung verkehrspolitischer Themenstellungen für die liberale Grundsatzarbeit.

Vom 01.07.06 bis 30.06.08 hat sich der Landesfachausschuss zu neun Sitzungen getroffen:

- 07.07.06 bei DaimlerChrysler in Untertürkheim mit dem Themenschwerpunkt Straßengüterverkehr (Nutzfahrzeug-sicherheit, Feinstaub, Lkw- Maut, CO2-basierte Kfz-Steuer)
- 22./23.09.06 in Mannheim und Heidelberg mit Besuch des Mannheimer Hafens, der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH und der Metropolregion Rhein-Neckar
- 17.11.06 in Stuttgart im Haus des Landtags zur Vorbereitung des Dreikönig-Parteitags
- 09.02.07 in Pforzheim bei den Pforzheimer Verkehrs-betrieben zum Thema Privatisierung/Zukunftsentwicklung kommunaler Nahverkehrsunternehmen
- 22.06.07 in Stuttgart im Haus des Landtags mit dem Themenschwerpunkt „Feinstaub“
- 14./15.09.07 in Heilbronn mit Besuch der Reederei Schwaben GmbH, der Neckarschleuse Heilbronn und der Stadt Heilbronn mit den Themenschwerpunkten Neckarschleusenausbau und Regionalstadtbahn

- 16.11.07 in Stuttgart im Haus des Landtags zur Vorbereitung des Dreikönig-Parteitags

- 07.03.08 in Stuttgart im Haus des Landtags mit dem Themenschwerpunkt „Stuttgart 21“

- 05.05.08 in Boxberg bei Bosch mit dem Themenschwerpunkt „Umweltgerechte Antriebs- und Fahrzeugentwicklung“

In diesem Zeitraum hat der Landesfachausschuss liberale Positionen zu folgenden Themen formuliert und die meisten davon als Anträge in Landesparteitage eingebracht:

- Hochgeschwindigkeits-Bahnstrecken in Baden-Württemberg
- Regionalisierung des Schienennetzes
- Landesweites Luftverkehrskonzept
- Gegenentwurf zum Feinstaub-Aktionismus
- Ausbau der Rheintalbahn (zusammen mit BV Südbaden und LFA Umwelt)
- S-Bahn Rhein-Neckar-Nord

Die Anträge wurden von den Parteitagsdelegierten bei der Wahl der Antragsreihenfolge meist auf vordere Plätze gewählt und anschließend vom Parteitag oder ersatzweise vom Landesvorstand beschlossen.

Im Bundesfachausschuss Verkehrspolitik ist Baden-Württemberg - wie schon in den Vorjahren - durch drei vom Landesvorstand berufene Mitglieder und zusätzlich noch durch drei zugewählte Mitglieder vertreten. Damit können Positionen und Initiativen aus dem Land bundesweit erfolgreich eingebracht werden.

Den Vorsitz des LFA hat Stefan Tritschler inne, seine Stellvertreter sind Marion Kabbe, Prof. Hans-Helmut Grandjot und Felix Glaser; Schriftführer ist Erik Wischmann.

Die nächste Sitzung des LFA findet als zweitägige Sitzung am 18./19. Juli 2008 in Südbaden statt, dabei steht der Ausbau der Rheintalbahn sowie ein Besuch bei dem Tunnelbohrmaschinenhersteller Herrenknecht auf dem Programm.

## LFA SOZIAL-, GESELLSCHAFTS- UND JUGENDPOLITIK

Vorsitzende: Dr. med. Claudia M. Kunz, MBA

Stellvertreter: Heiner Schülke, Dr. Henrik Winterhager

Zur Vertiefung und Ergänzung inhaltlicher Schwerpunkte wurden folgende Arbeitskreise gebildet:

- Seniorenpolitik (Leitung: Werner Bitz)
- Gesundheitspolitik (Leitung: Albert Cuntze)
- Soziale Sicherungssysteme (Leitung: Dr. Henrik Winterhager)

Im Berichtszeitraum fanden 10 Sitzungen statt sowie Sitzungen weiterer Unterausschüsse, bei welchen folgende Themenschwerpunkte bearbeitet wurden:

#### *SENIORENPOLITIK:*

Die Beiträge konzentrierten sich auf das aktuelle Heimrecht und dessen Veränderungspotential sowie die Versorgungsstrukturen im Pflegebereich, insbesondere ambulant vor stationär. Dabei fand die Reduktion der Bürokratie bei der Eingruppierung der Pflegestufen besondere Berücksichtigung. Berichtet wurde von alternativen seniorengerechten Wohn- und Betreuungsformen (z.B. Dementen-WG's). Die Pflegeversicherung und deren Leistungsumfang waren ebenso Bestandteil unserer Beiträge. Aufgrund des demographischen Wandels sahen wir zunehmend die Notwendigkeit, dass die Geriatrie mehr Bestandteil der ärztlichen Ausbildung wird.

#### *GESUNDHEITSPOLITIK:*

Es wurde eingehend diskutiert: die Krankenhausfinanzierung, der Gesundheitsfond, die elektronische Gesundheitskarte, das Vertragsarztänderungsgesetz, die Palliativmedizin sowie das Qualitätsmanagement und die Qualitätssicherung im Gesundheitswesen.

Nur durch zunehmende Aufklärung im Gesundheitswesen kann die Informations-Asymmetrie auf Seiten des Patienten langfristig aufgehoben und der Patient zum mündigen Kunden im Gesundheitswesen werden. Ebenso sind wir auf die Stammzellenforschung eingegangen und diskutierten Konzepte zur integrierten Versorgung mit besserer Verzahnung von stationär und ambulant.

#### *SOZIALE SICHERUNGSSYSTEME:*

Bei diesem Themenschwerpunkt konzentrierten wir uns auf ein Modell der Gestaltung einer zukunftsfähigen Krankenversicherung, Rentenversicherung und Arbeitslosenversicherung.

#### *VORTRÄGE:*

- Das Sockelmodell der Pflegeversicherung, Referent: Herr Schülke
- Vertragsarztänderungsgesetz, Referent: Herr Cuntze
- Heimgesetz, Referent: Herr von Rosenberg
- Palliativmedizin, Referent: Dr. Hatzenbühler
- Qualitätsmanagement und Qualitätssicherung in deutschen Krankenhäusern, Referentin: Frau Schwarz
- Elektronische Assistenz in der Seniorenbetreuung, Referentin: Frau Eberhardt

Leitanträge zum 102. Landesparteitag:

- Der mündige Patient

15.03.08 vom Landesvorstand beschlossen

- Neue Perspektiven für eine erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik

18.04.08 vom Landesvorstand beschlossen

Leitanträge zum 101. Landesparteitag:

- Strukturen der Altenhilfe in Baden-Württemberg weiterentwickeln

Gemeinsam mit dem LFA Wirtschaft:

- Präambel - Für ein modernes, soziales Sicherungs- und Sozialversicherungssystem

- Leitlinien für ein modernes, soziales Sicherungssystem

Beschlossen auf dem Landesparteitag

Wir trauern um ein langjähriges Mitglied, Herrn Werner Bitz (1952-2007), der für uns einen großen Verlust darstellt.

Ich danke allen Mitgliedern, der Landesfraktion, allen Referenten und Gästen für die gute und erfolgreiche Zusammenarbeit.



## **LFA WIRTSCHAFT-, FINANZ- UND VERBRAUCHERPOLITIK**

Vorsitzender: Dr. Jan B. Rittaler

Es lag kein Bericht vor.

## **LFA UMWELT-, ENERGIE- UND RAUMORDNUNGSPOLITIK**

Vorsitzender: Dr. Manfred Vohrer

Während der vergangenen beiden Jahre tagte der LFA Umwelt-, Energie- und Raumordnungspolitik regelmäßig jährlich zweimal im Landtag und einmal "on tour" um sich mit speziellen umweltrelevanten Fragen wie Kompostierung in der Abfallwirtschaft, Energie- oder Verkehrspolitik zu beschäftigen. Neue abfallwirtschaftliche Konzepte und Technologien - Einführung durch den Geschäftsführer des Zweckverband Abfallbehandlung Kahlenberg, Betriebsführung und Diskussion sowie in Karlsruhe in der Europäischen Schule zum Thema „Umweltverträgliche Lösungen für den Güter- und Personenverkehr entlang des Rheins- von Mannheim bis Basel“ Waren unsere „on tour“ Themen, mit denen sich der LFA vor Ort auseinandersetzte.

Schwerpunkte der Arbeit des LFA war einmal mehr die Energiepolitik, wo aus den Reihen der Ausschussmitglieder auch Vorschläge für die FDP-Programmarbeit zu den "Erneuerbaren Energien" erarbeitet wurden, die bei dem bevorstehenden Landeshauptausschuss in Schwäbisch Gmünd zur Beschlussfassung anstehen. Nachdem im Koalitionsvertrag der neuen konservativ-liberalen Landesregierung die Kompetenz für die Energiepolitik dem Ressort des FDP geführten Wirtschaftsministeriums zugesprochen wurde, soll neben

- Energieeinsparung und
- Verbesserung der Energieeffizienz die
- Umstrukturierung der nuklear-fossilen Energiepolitik zu erneuerbaren Energieträgern

im Vordergrund stehen.

Wegen der zeitlich begrenzten Verfügbarkeit fossiler und

nuklearen Ressourcen und ihrer Abhängigkeit von den politischen Ereignissen in den Lieferländern wird eine auf Nachhaltigkeit setzende solar orientierte Energiepolitik und die damit verbundenen Maßnahmen der Klimapolitik die politische Diskussion bestimmen und bleibt deshalb auch weiter im Mittelpunkt der Ausschussarbeit. Dabei gilt es, die Umweltkosten der einzelnen Energieträger nach dem von den Liberalen vertretenen Verursacherprinzip zu Internalisieren, um so die die fossile und nukleare Energie begünstigenden Kostenverzerrungen abzubauen und durch klimapolitische Initiativen zugunsten der erneuerbaren Energien zu kompensieren. Der Bioenergie mit ihrer technischen Herausforderung im Anlagenbau – aber auch der Verknüpfung mit der Agrarpolitik, wenn es um die Bereitstellung der energetisch verwendbaren Biomasse aus land- und forstwirtschaftlicher Produktion geht – wurde bislang schon viel Aufmerksamkeit gewidmet und eine gemeinsame Sitzung der beiden betroffenen LFAs durchgeführt.

Da von dieser Energiequelle die höchsten Zuwächse in den nächsten Jahren erwartet werden und seriöse Prognosen davon ausgehen, dass in den kommenden zehn Jahren rund ein Viertel der gesamten land- und forstwirtschaftlichen Nutzfläche hierfür eingesetzt werden, wurde für diesen Themenbereich eigens eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die für den LFA weitere Initiativen vorbereitet. Insbesondere der Zertifizierung der Energie aus Biomasse nach EU-weiten Standards soll verstärkte Aufmerksamkeit zukommen. Bei seiner Sitzung des LFA mit dem MdEP Jorgo Chazimarkakis wurde diese Linie bekräftigt.

## **LFA AGRARPOLITIK UND LÄNDLICHE RÄUME**

Vorsitzender: Dr. Otto Hertäg

Der Zuständigkeitsbereich des LFA ist stark durch Vorgaben der EU beeinflusst, dennoch gibt es eine große Bandbreite an Möglichkeiten zur Ausgestaltung dieser Vorgaben durch die Landespolitik. Konsequenterweise lag der Schwerpunkt der LFA-Arbeit darin, sich mit der Frage auseinanderzusetzen, wie die Vorgaben aus Brüssel im Lande am besten umgesetzt werden können. Dies geschah im Zusammenspiel mit der Landtagsfraktion, so dass auch Vorschläge in die Landespolitik eingeflossen sind.

Neben der klassischen Agrarpolitik spielen die Entwicklung des ländlichen Raums und der Verbraucherschutz, der im Berichtszeitraum erstmalig in die Zuständigkeit dieses LFA fiel, eine immer wichtigeren Rolle bei der Ausschussarbeit. Als besonderer Schwerpunkt des Berichtszeitraums ist das

Thema Gentechnik zu nennen, das sowohl in der Agrar- als auch in der Verbraucherpolitik heftig diskutiert wird.

Der LFA hat im Februar 2007 eine Expertenanhörung zu diesem Thema durchgeführt und das Ergebnis in den Beschluss des Landeshauptausschusses vom April 2007 eingebracht.

## **LFA AUSSEN-, FRIEDENS- UND SICHERHEITSPOLITIK**

Vorsitzender: Prof. Dr. Berthold Meyer

Stellvertreter: David Majed (Austritt im Juni 2007) und Harald Paulsen (bis 29. 9. 2007)

Dr. Rudolf Rentschler und Sascha Schmidt (seit 29. 9. 2007)

Schriftführer: Jörg Brehmer (bis 29. 9. 2007) Nora Jordan-Weinberg (seit 29. 9. 2007)

Im Jahr 2006 tagte der LFA viermal. Schwerpunkte der Arbeit waren

- gemeinsame Sitzung mit den LFA Europa-Politik, Wirtschafts-, Finanz- und Verbraucherpolitik und Wirtschaftliche Zusammenarbeit zu einem Vortrag von Dr. Richard Beyer, Generalkonsul für Angola (23.2.)

- Vortrag zum geplanten Kongo-Einsatz der Bundeswehr und Verabschiedung eines Antrags an den Landesparteitag zur abgestuften Mitgliedschaft von neu in die EU aufzunehmenden Ländern (18.5.).

- Eine Sitzung mit einem Bericht Florian Toncar MdB über Darfur gemeinsam mit dem LFA für Wirtschaftliche Zusammenarbeit sollte am 22. 7. stattfinden und musste dann aber auf einen Termin nach der Sommerpause verschoben werden.

- Am 7. Oktober gemeinsam mit dem LFA-Europa zur Frage „as kann und soll die EU tun, damit aus dem Brandherd Nahost eine politisch stabile Region wird?“

Im Jahr 2007 tagte der LFA ebenfalls viermal:

- Am 12. Mai mit einem Vortrag von Birgit Homburger MdB zur sicherheitspolitischen Arbeit der Bundestagsfrak-

tion, wobei es insbesondere um die Auslandseinsätze der Bundeswehr ging.

- Am 21. Juli wurde dieses Thema unter drei Aspekten vertieft:

Zum einen befassten wir uns mit der Studie des Bundeswehr-Verbandes, aus der hervorgeht, wie unzufrieden die Soldaten sind. Zum anderen mit dem aktuellen Friedensgutachten, dessen Schwerpunkt auf den Militäreinsätzen lag, und zum dritten mit Vorschlägen, wie die Lage der Soldaten verbessert werden kann.

- Am 29. September stand die Neuwahl des Vorstandes und die Beschlussfassung über die Vorschläge zur Verbesserung der Lage der Soldaten in Auslandseinsätzen und um die Effektivierung des Afghanistaneinsatzes sowie um eine bessere Kontrolle des KSK auf dem Programm.

- Am 24. November 2007 ging es um die Parlamentarische Kontrolle der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (Referat: Dr. Rentschler) sowie um einen Bericht über den Besuch des Präsidialausschusses und des Politischen Ausschusses der WEU in Moskau (18/19 Okt. mit Gesprächen in der Duma, der Föderationenkammer, im Außen- und im Verteidigungsministerium; Referat: Dr. Rentschler)

Im Jahr 2008 fanden bisher drei Sitzungen mit folgenden Schwerpunkten statt:

- Am 9. Februar stand im Mittelpunkt das Thema „Wege aus der Sackgasse im Nahen Osten? Eine Lageeinschätzung nach der Konferenz von Annapolis und der Reise von US-Präsident Bush“ (Prof. Dr. Berthold Meyer). Ein Vortrag zur Rüstungspolitik der EU, dessentwegen auch die Mitglieder des LFA Europapolitik eingeladen worden waren, fiel kurzfristig aus.

- Am 26. April ging es zum einen um die Beziehungen zwischen Deutschland und China vor dem Horizont der Unruhen in Tibet und der Olympischen Spiele in Peking (mit einem Reisebericht von Florian Toncar MdB und einem Bericht über ein Arbeitspapier des Unterausschusses Außenpolitik und Menschenrechte des BFA Internationale Politik von Prof. Dr. Berthold Meyer). Zum anderen ging es um „Tendenzen zur Vereinheitlichung des europäischen Sicherheitssektors“ (Referat: Sascha Schmidt)

- Am 7. Juni stand ein Bericht zur aktuellen deutschen Außenpolitik

(Harald Leibrecht MdB) und ein weiterer über die Arbeit des Parlaments der WEU (Dr. Rudolf Rentschler) auf der Tagesordnung sowie ein Referat über das neue Friedensgutachten, dessen Schwergewicht auf der neuerlichen Tendenz zur Hochrüstung liegt, und seine Empfehlungen (Prof. Dr. Berthold Meyer).

## **LFA WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT**

Vorsitzende: Ingrid Walz

Stellvertreter: Werner Schnelle

Im Mittelpunkt der Arbeit des Landesfachausschusses stand im Berichtsraum Afrika, seine Probleme, aber auch seine Chancen. Damit setzte der Ausschuss seine Analysen und daraus resultierende Vorschläge für Anträge der Fraktion fort. Im vorhergehenden Berichtsraum stand die „Kapitalbildung als Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung“ und das Thema „Tourismus – Schlüssel zur Entwicklung“ im Mittelpunkt. Beide Themen griff die Fraktion in Kongressen und parlamentarischen Initiativen auf.

2006, 2007 und 2008 beschäftigte sich der Ausschuss in neun Sitzungen nicht nur mit dem Thema Afrika, sondern veranstaltete zusammen mit anderen Landesfachausschüssen (Außen-, Frieden- und Sicherheitspolitik, Europapolitik sowie Wirtschaft-, Finanz- und Verbraucherpolitik) ein Gespräch mit dem Honorarkonsul für Angola zum Thema „Chancen und Risiken für wirtschaftliche Beziehungen mit Afrika“. Weitere gemeinsame Gespräche mit Vertretern des Tropenzentrums der Universität Hohenheim folgten. Die gemeinsamen Sitzungen mit dem Ausschuss für Außen-, Frieden- und Sicherheitspolitik wurden fortgeführt mit einem Referat von Florian Toncar MdB zur Problematik der Menschenrechte in Darfur (Sudan).

Am 24. März 2007 fand auf Einladung der Landesvorsitzenden Birgit Homburger eine Zusammenkunft mit den Vorsitzenden der Landesfachausschüsse und Kommissionen statt. Im Rahmen dieses Treffens regte Ingrid Walz an, häufiger bei geeigneten Themen die Landesfachausschüsse gemeinsam tagen zu lassen. Viele Themen hätten inzwischen internationale Bezüge. Außerdem sollten die Tagungsergebnisse der Ausschüsse vom Landesverband in einer Weise veröffentlicht werden, die transparent mache, mit welchen Inhalten sich die Ausschüsse beschäftigen, ohne die Vertraulichkeit zu verletzen.

2007 erarbeitete der Ausschuss einen Antragsentwurf zum Thema „Neue Partnerschaft mit Afrika“, der von Michael Theurer MdL in den Grundzügen übernommen wurde.

Am 29. Juni 2007 veranstaltete der Landesfachausschuss zusammen mit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit im Landtag ein Seminar zum Thema: „Afrikas Demokratien – Wege ins Chaos oder auf dem besten Wege?“. Im Mittelpunkt standen Referate von Dr. Christian Taaks, Afrika-Kenner der Stiftung in Potsdam sowie Manuel da Costa, freier Dozent und gebürtiger Angolaner.

Die weiteren Sitzungen bsi 2008 standen im Zeichen der Vorbereitungen für den Kongress der FDP-Landtagsfraktion am 16. Februar 2008 mit dem Titel „Nahrungsmittel oder Rohstoffreserve“ im Landtag. Das Thema „Nahrungsmittelsicherheit“ wird der Ausschuss weiterbearbeiten. Ebenso die Frage nach angepassten Technologien in Entwicklungsländern.

## **LFA EUROPAPOLITIK**

Vorsitzender: Daniel Obst

Der Landesfachausschuss tagte im Berichtszeitraum achtmal.

Gäste des Landesfachausschusses waren dabei unter anderem der europapolitische Sprecher der FDP/DVP-Landtagsfraktion, Michael Theurer, die Bundestagsabgeordneten Harald Leibrecht, Michael Link, Ernst Burgbacher und Patrick Meinhardt. Ebenso waren zu Gast die Europaabgeordneten Alexander Graf Lambsdorff und Jorgo Chatzimarkakis.

Zum Vorstand bestimmte der Landesfachausschuss Daniel Obst, stellvertretende Vorsitzende waren Dr. Rudolf Rentschler und MdB Patrick Meinhardt.

Schwerpunkt der Arbeit war der Europäische Verfassungsvertrag, nun „Vertrag von Lissabon“, der Haushalt der EU sowie die Nah-Ost-Politik der Europäischen Union.

Seit Anfang 2007 führte der Landesfachausschuss dazu auch über die neue Internetseite my.fdp.de eine Onlinediskussion zum Reformvertrag für Europa. Im Frühjahr 2008 legte der Landesfachausschuss ein eigenes Thesenpapier „Der Vertrag von Lissabon – ein wichtiger Zwischenschritt“ vor, das als Abstimmungsempfehlung auch den Bundestags- und Bundesratsmitgliedern der baden-württembergischen FDP übergeben wurde.

Der Landesfachausschuss führte gemeinsame Sitzungen mit den Landesfachausschüssen der Landesverbände Hessen, Bayern, Saarland und Rheinland-Pfalz („LFA-Süd-

schiementreffen“ einmal jährlich) durch. Ebenso fanden gemeinsame Sitzungen mit den baden-württembergischen FDP-Landesfachausschüssen Agrarpolitik sowie Außen-Sicherheit-Frieden statt. Engen Kontakt hielt der LFA Europa zur Deutschen Gruppe Liberal International LV Baden-Württemberg.

## LFA FRAUEN

Vorsitzende: Jutta Pagel

Demokratie lebt vom Mitmachen und dem „sich einmischen“ von Frauen und Männern, damit sich die Vielfalt der unterschiedlichen Lebenserfahrungen, der Kompetenzen und Sichtweisen in den politischen Entscheidungsprozessen wieder findet. Hier setzt auch liberale Frauenpolitik als Gleichstellungspolitik („gender mainstreaming“) und Querschnittsaufgabe an. Die Arbeit des Landesfachausschusses Frauen ist eng verzahnt mit der Vorfeldorganisation Landesvereinigung Liberale Frauen.

Den Vorstand des LFA Frauen bilden derzeit Jutta Pagel-Steidl (Schwäbisch Hall / Grabenstetten), Claudia Felden (Leimen) und Elke Bass (Heidenheim).

Vorschläge zu entwickeln für eine liberale Familien- und Gesellschaftspolitik war ebenso ein zentrales Anliegen wie die Freiheit und Wahrung von Bürgerrechten. Der Frauenplenartag im Oktober 2007 befasste sich ausführlich mit dem Thema „Frauen in Notsituationen: was können wir gegen Zwangsprostitution und Zwangsheirat tun?“. Der bessere Schutz der Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution, ein Maßnahmenkonzept zur Bekämpfung von Zwangsheirat, die Schaffung einer sicheren Finanzierungsgrundlage für Frauen- und Kinderschutzräume sowie der Schutz vor Stalking standen mehrfach auf der Agenda des LFA Frauen und mündeten daher auch in Anträge für den Landesparteitag.

Unter Federführung des LFA Forschung & Technik fand eine gemeinsame Sitzung am 3. März 2007 statt, bei der MdEP Dr. Jorgo Chatzimarkakis über den aktuellen Stand der Gentechnik berichtete. Der nachhaltige Umgang mit Ressourcen im Blick auf eine zukunftsfähige Energiepolitik war Thema des Fachtags 2007 der Landesvereinigung Liberale Frauen, bei dem auch Mitglieder des LFA Frauen aktiv beteiligt waren. Der dort erarbeitete Forderungskatalog bildete die Grundlage für Anträge zum Landeshauptausschuss Energie im April 2008.

Der LFA Frauen begrüßt die Einsetzung der Grundsatzkommission und hat sich in seiner Sitzung im April 2008

erstmals mit den Impulsfragen befasst. Der LFA Frauen wird Vorschläge zum Grundsatzprogramm der FDP Baden-Württemberg noch erarbeiten.

Die Beteiligung von Frauen in Partei und Politik zu verbessern, war und ist eine langfristige Aufgabe des Landesfachausschusses. Dazu gehört z.B. die Organisation der Vorbereitungstreffen der weiblichen Delegierten bei Landesparteitagen bzw. Landeshauptausschüssen. Mit Blick auf das Wahljahr 2009 gilt es erneut, Frauen für liberale Politik als Kandidatinnen und / oder als Wählerinnen zu gewinnen.

## LFA KULTUR

Vorsitzender: Jörg Brehmer

„Die Seife ist ein Maßstab für den Wohlstand und die Kultur der Staaten.“

Justus von Liebig (1803-1873, Großonkel von Elly Heuss-Knapp)

Wir Freie Demokraten haben uns auf allen Ebenen vorgenommen, unserem alten Sinnbild „Kultur“ wieder etwas Glanz zu verschaffen. Dafür haben wir eine ganze Menge südwest-deutscher Seife gebraucht. Es hat soweit schon etwas gebracht. Was ist für uns Liberale Kultur? – Kultur ist Freiheit! Stimmt, aber: Kann man das auch quantifizieren? Man kann! Auf meinem Schreibtisch befinden sich genau 22,7 cm „Kulturarbeit“, fein säuberlich aufeinander gestapelt, aus den letzten beiden Jahren hübsch angehäufelt. Das ist eine ganze Menge! – Es kommt natürlich immer auf den Schreibtisch an! Der Landesfachausschuss Kultur, Medien und Ehrenamt hatte in den vergangenen zwei Jahren viel vor. Und er hat viel geleistet. Dafür gilt allen treuen Teilnehmern ein herzliches Dankeschön.

Zwölf mal kam der Landesfachausschuss Kultur, Medien und Ehrenamt in den vergangenen 24 Monaten zu ordentlichen Sitzungen zusammen. Der LFA begleitete den Leitantrag „Kultur ist Freiheit“ auf dem Bundesparteitag in Stuttgart kritisch und konstruktiv. Erfreut über die Wertschätzung dieses wichtigen Integrationsthemas reisten Mitglieder des LFA über die ganze Amtszeit nach Berlin (ins große „Vatterland“), um an den Sitzungen der AG Kultur von Hans-Joachim Otto MdB und Christoph Waitz MdB teilzunehmen. Eine gute, sinn- und wertvolle Veranstaltung. Darüber hinaus unternahm der LFA – auch in Kooperation mit anderen Untergliederungen und Einzelpersonen – sinnfreudige Exkursionen. Im November 2006 wurde auf Anregung der Bezirksvorsitzenden Bärbl

Maushart die Goldschmiedeschule in Pforzheim zusammen mit dem wirtschaftspolitischen Sprecher der FDP/DVP-Landtagsfraktion Dr. Ulrich Rülke MdL besucht. Kultur und Wirtschaft Hand in Hand! In Kooperation mit dem Sprecher für auswärtige Kulturpolitik der FDP-Bundestagsfraktion, dem Kleiningersheimer MdB Harald Leibrecht, konnte 2007 eine sehr spannende und hoch informative, zweitägige Kulturfahrt zur documenta nach Kassel stattfinden. Im Februar 2008 berichtete die kulturpolitische Sprecherin der FDP/DVP Landtagsfraktion Heiderose Berroth MdL im LFA Kultur über ihre Arbeit. Hochrangig besetzt war eine Kulturmatinee in Karlsruhe unter Gesprächsleitung von Bürgermeister Ulrich Eidenmüller, die auch der Vorbereitung des Landeshauptausschusses Kultur im Herbst 2007 diente. Die FDP-Landesvorsitzende Birgit Homburger MdB bereiste mit einer Kultur-Tour im Oktober 2007 Baden-Württemberg und festigte dadurch die Wichtigkeit des Themas für die Südwest-Liberalen. Der darauf folgende Landeshauptausschuss Kultur am 27. Oktober 2007 in Salem wurde zwar medial durch das Thema „Erhalt des Klosters und Schlosses Salem“ begleitet, die Hauptarbeit (und vielleicht auch die Hauptsache) aber war der Leitantrag und das umfassende Positionspapier der FDP/DVP Baden-Württemberg „Kultur ist Freiheit“. Dieses Grundlagenpapier wurde in mehreren Sitzungen des LFA Kultur erarbeitet, vom Landesvorstand in zwei Sitzungen ausführlich diskutiert und schließlich beschlossen.

Mehrere Gespräche zu kulturellen Themen fanden am Rande von Veranstaltungen, Parteitage oder bei gezielten Kulturverabredungen statt; etwa mit Laien- und Berufsschauspielern, mehrfache Unterredungen und reger Gedankenaustausch mit Gerhard Baral vom Kulturhaus Osterfeld in Pforzheim sowie mit der neuen Geschäftsführerin der Landesarbeitsgemeinschaft der Kulturinitiativen und Soziokulturellen Zentren in Baden-Württemberg e.V. (LAKS) Ilona Trimborn-Bruns; und jüngst in einer gemeinsamen Sitzung der LFAs Innen und Recht sowie Kultur, Medien und Ehrenamt mit dem Landessenderdirektor Dr. Willi Steul. Auf Grund der guten, vor allem im Vorfeld des LHA Kultur geknüpften Verbindungen in einzelne Kulturbereiche hinein, konnte durch den Vorsitzenden des LFA Kultur und Medien im Magazin „LAKS INFO“ die Kulturprogrammatische des FDP-Landesverbandes in einem Gastbeitrag dargestellt werden.

Besonders erfreulich ist die hervorkeimende Kulturarbeit einzelner Kreisverbände. Mit besonderem Dank darf ich – nicht das Verdienst des LFA! – den Kreisverband Karlsruhe Land und seinen Vorsitzenden Stefan Tritschler erwähnen, der mit einem liberalen Kulturverein Neues und Gutes in Baden leistet. Der Kreisverband Hohenlohe arrangierte 2007 unter dem Stichwort „Hohenlohe und Kultur“ eine

nachahmenswerte Geselligkeit. Der Kreisverband Rems-Murr zog im März zu einer zweitägigen Kulturfahrt in den „deutschen Orient“ – also nach Bayern (genauer: nach Schwaben jenseits der Donau) – und besuchte die Kulturstadt Augsburg und die dortigen Parteifreunde sowie die „Augsburger Puppenkiste“ (Urmel aus dem Eis, Jim Knopf und Lukas der Lokomotivführer, Monty Spinnerratz und viele andere mehr) unter zeitweiliger aber maßgeblicher Beteiligung der beiden Abgeordneten Hartfrid Wolff MdB und Miriam Gruß MdB.

Der Landesfachausschuss Kultur hat sich für das Jahr 2008 die Medienpolitik vorgenommen. Durch ein erstes, fachlich hervorragendes Einführungsreferat von Wiebke Krütt motiviert werden wir an diesem Thema – auch in Kooperation mit dem Landesfachausschuss Innen und Recht – weiterarbeiten. Der Landesfachausschuss Kultur hat sich bereitwillig auf dieses, sicher sehr spannende „Abenteuer“ mit vielen Juristen eingelassen, um vielleicht hier und da noch etwas Gutes zu tun oder gar selbst noch etwas zu lernen. In diesem Sinne, wollen wir der Kultur in Baden-Württemberg mit viel Seife neuen Glanz verleihen.



## KOMMISSIONEN UND BEIRÄTE

### KOMMISSION LIBERALE UND KIRCHEN

Vorsitzender: Dieter Kleinmann MdL

Ein Thema der Kommission war der Staatskirchenvertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg und den Evangelischen Landeskirchen in Baden und Württemberg. Die Kommission hat dem Staatskirchenvertrag zugestimmt. Diskutiert wurden außerdem die Liberalen Leitlinien zum Verhältnis von Staat, Kirchen und Religionsgemeinschaften. Sie wurden vom Bundesvorstand in der Sitzung im Dezember 2007 mehrheitlich angenommen.

Behandelt wurde auch das Thema „Islam und Gewalt“. Die Kommission war der Meinung, dass das Thema Gewalt nicht nur ein islamisches sei, sondern auch unter Deutschen ein Thema sei. Bei der Sitzung am 7. Juli 2007 gab der Vorsitzende einen Bericht vom 31. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Köln. Vorgesehen sei, so die Kommission, ein Besuch der Islamischen Gemeinde in Pforzheim. Das Treffen mit der Israelitischen Religionsgemeinschaft in Württemberg steht noch aus, wird aber in Kürze erfolgen. Nach wie vor plant die Kommission einen Theologenkongress in diesem oder im nächsten Jahr. Auf der Agenda steht ferner das Thema „Wirtschaft und Ethik“. Die FDP/DVP-Landtagsfraktion plant diesbezüglich eine Anhörung.

### GRUNDSATZKOMMISSION

Unter dem Vorsitz von Dr. Horst Mehrländer und dem stellvertretenden Vorsitz von Pascal Kober hatte eine Kommission mit der wichtigen Arbeit begonnen, die liberalen Grundgedanken im Südwesten zu sammeln und zu einem soliden Grundsatzprogramm zu verarbeiten. Dabei wurden mit den Kreisverbänden, Ortsverbänden, Landesfachausschüssen und Vorfeldorganisationen feste Termine vereinbart, um das Projekt „Grundsatzprogramm der FDP/DVP Baden-Württemberg 2010“ vor Ort vorzustellen.

Dahinter steht der Anspruch, dass dieses Programm von „unten nach oben“ statt von „oben nach unten“ geschrieben wird. In den bisher geführten Diskussionen vor Ort haben sich bereits einige wichtige Fragen herauskristallisiert, die für den Aufbau und die Struktur des Programms von entscheidender Bedeutung sein werden.

Das ambitionierte Projekt, unter Berücksichtigung historischer, politischer, philosophischer und ganz lebensnaher Bereiche ein Grundsatzprogramm zu erstellen, geht voran und wird zeigen, dass die Liberalen im Südwesten auf ein reiches Erbe zurückgreifen können. Das sichert politische Schlagkraft für die Zukunft!

# DER ORGANISATORISCHE AUFBAU

## ORGANISATIONSTRUKTUR

### Gliederung und Struktur

Nach dem Stand vom 30. September 2007 gliedert sich der Landesverband unverändert in

9 Bezirke und

42 Kreisverbände.

Auf der Karte in Anlage 14 ist diese vom 43. Ordentlichen Landesparteitag am 24. November 1973 in Baiersbronn beschlossene Gliederung dargestellt. Die Grenzen der Kreisverbände entsprechen der politischen Einteilung des Landes, mit Ausnahme der Kreisverbände Pforzheim-Enzkreis und Heilbronn, wo der Stadtkreis Pforzheim mit dem Enzkreis bzw. der Stadt- mit dem Landkreis Heilbronn einen gemeinsamen Kreisverband bilden.

Für die weitere Untergliederung der Parteiorganisation in Ortsverbände sind die Kreisverbände zuständig. Sie entscheiden, wo Ortsverbände gegründet werden und teilen diesen entsprechende Aufgaben zu. Die Zahl der Ortsverbände hat sich im Berichtszeitraum auf 284 verringert. Das hängt mit organisatorischen Neuzuschnitten in vielen Kreisverbänden zu tun, die die Effizienz der organisatorischen und finanziellen Abläufe verbessert haben.

Insgesamt zeigt die Entwicklung bei den Ortsverbänden in den letzten Jahren folgendes Bild:

31. Oktober 1977:	280 Ortsverbände
31. Oktober 1980:	297 Ortsverbände
31. Oktober 1982:	314 Ortsverbände
31. Oktober 1984:	325 Ortsverbände
31. Oktober 1986:	318 Ortsverbände
31. Oktober 1988:	322 Ortsverbände
30. September 1990:	332 Ortsverbände
30. September 1992:	327 Ortsverbände
30. September 1994:	313 Ortsverbände
30. September 1996:	302 Ortsverbände
30. September 1998:	302 Ortsverbände
30. September 2000:	302 Ortsverbände

30. September 2002: 292 Ortsverbände

30. September 2003: 311 Ortsverbände

30. September 2004: 313 Ortsverbände

30. September 2005: 307 Ortsverbände

30. September 2006: 302 Ortsverbände

30. September 2007: 284 Orstverbände

Auf Anlage 6 ist diese Übersicht für die Bezirke und Kreisverbände dargestellt.

Da viele Ortsverbände das Gebiet mehrerer Gemeinden umfassen, ist die Zahl der durch Ortsverbände abgedeckten Gemeinden in Baden-Württemberg erheblich höher. Lücken in der Flächendeckung der Organisation gibt es vor allem in den kleineren Gemeinden. Der weitere Ausbau der Organisationsstruktur bleibt auch in den nächsten Jahren eine wichtige Aufgabe. Es gibt noch eine ganze Reihe von Städten und Gemeinden mit Wahlergebnissen über dem Landesdurchschnitt, ohne dass dort ein Ortsverband existiert. Hier sollten die Kreisverbände ansetzen und darin einen Schwerpunkt ihrer Arbeit vor dem Superwahljahr 2009 sehen.

Für die Wahlen 2009 wird es von entscheidender Bedeutung sein, dass wiederum Tausende von aktiven Mitgliedern bereit sind, sich vor Ort aktiv zu engagieren. Unsere Ergebnisse bei den Wahlen 2004, 2005 und 2006 konnten wir entscheidend verbessern, weil es uns gelungen ist, in mehr Städten und Gemeinden als bisher Präsenz zu zeigen und mit eigenen Listen anzutreten. Die Tatsache, dass zunehmend mehr Bürgerinnen und Bürger zu uns finden und Mitglied der FDP werden, ist eine gute Grundlage.

Der Wähler möchte auch vor Ort liberale Politik unmittelbar erleben, repräsentiert von liberalen Kommunalpolitikern, denen er vertrauen kann. Mit der Reduzierung auf die Berichterstattung in den überregionalen und elektronischen Medien lässt sich das Bild der liberalen Freiheitspartei nicht vermitteln. Eine starke Verankerung der Partei in der Gemeinde ist auch in der Lage, überregionale Schwankungen in der Wählergunst auszugleichen oder abzumildern.

Einige ausgewählte Daten über den Organisationsstand der Bezirke enthält die folgende Tabelle:

Bezirk	Kreis- verbände	Orts- verbände	Mitglieder 31.12.07	Mitglieder pro 1000E	kommunale Mandatsträger
Südbaden	9	67	1.319	0,69	144
Nordschwarzwald	3	17	396	0,66	34
Mittelbaden	4	34	910	0,91	47
Kurpfalz	4	29	831	0,73	46
Franken	4	25	563	0,64	46
Region Stuttgart	6	64	1.965	0,74	109
Ostwürttemberg	4	8	260	0,34	14
Neckar-Alb	3	15	482	0,70	38
Bodensee-Oberschwaben	5	25	591	0,55	33
<b>Baden-Württemberg</b>	<b>42</b>	<b>284</b>	<b>7.317</b>	<b>0,68</b>	<b>511</b>

Bei den kommunalen Mandatsträgern handelt es sich um die Zahl der Mandate auf reinen und gemischten FDP – Listen nach dem Ergebnis der Kommunalwahl 2004.

Ausführliche Strukturdaten, auch für die Kreisverbände, enthält die Anlage 6 zu diesem Bericht.



## NEUWAHL DER KREISVORSITZENDEN

In 15 Kreisverbänden wurden im Berichtszeitraum neue Vorsitzende gewählt. Die folgende Tabelle enthält eine Gesamtübersicht über die Wahl der Vorstände in den Kreisverbänden:

Kreisverband	Vorsitzender	Wahl am	bisheriger Vorsitzender
Breisgau-Hochschwarzwald	Bernhard Dechant	25.11.06	Bernhard Dechant
Emmendingen	Marko Ludwig	07.12.06	Tilla Deter
Freiburg Stadt	Herta König	29.11.07	Herta König
Lörrach	Prof. Dr. Eugen Paul	29.11.06	Hans Günter Gutberlet
Ortenau	Sibylle Laurischk	30.05.07	Sibylle Laurischk
Rottweil	Dieter Kleinmann	15.12.07	Dieter Kleinmann
Schwarzwald-Baar	Jens Hagen	20.09.07	Jens Hagen
Tuttlingen	Ernst Burgbacher MdB	08.12.07	Ernst Burgbacher MdB
Waldshut	Helmut Steinebrunner	16.11.07	Helmut Steinebrunner
Calw	Beate Fauser MdL	18.11.06	Beate Fauser MdL
Freudenstadt	Claus Burkhardt	30.01.07	Kay Theiling (komm.)
Pforzheim-Enzkreis	Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL	19.10.07	Dr. Hans-Ulrich Rülke
Baden-Baden	Josef Benz	20.04.07	Josef Benz
Karlsruhe Land	Stefan Tritschler	29.02.08	Stefan Tritschler
Karlsruhe Stadt	Heinz Golombeck	10.05.07	Christian Klinger
Rastatt	Thomas Hesse	21.11.06	Thomas Hesse
Heidelberg	Michael Eckert	15.05.07	Michael Eckert
Mannheim	Dr. Birgit Reinemund	06.03.08	Dr. Birgit Reinemund
Neckar-Odenwald	Achim K. Walter	05.12.06	Fritz Diehm
Rhein-Neckar	Dr. Gunter Zimmermann	12.07.07	Dr. Gunter Zimmermann
Heilbronn	Richard Drautz	24.11.06	Bernhard Nüsch
Hohenlohe	Ute-Oettinger-Griese	23.11.07	Ute Oettinger-Griese
Schwäbisch Hall	Georg-Friedrich Schleicher	28.06.07	Georg-Friedrich Schleicher
Main-Tauber	Benjamin Denzer	16.11.07	Christian Dürr
Böblingen	Peter Knorr	20.11.06	Peter Knorr
Esslingen	Ulrich Fehrlen	19.10.06	Ulrich Fehrlen
Göppingen	Werner Simmling	26.04.07	Tobias Hösch
Ludwigsburg	Harald W. Leibrecht MdB	12.10.07	Kai Buschmann
Rems-Murr	Jörg Brehmer	27.09.07	Jörg Brehmer
Stuttgart	Dieter Bachmann MdL	22.01.07	Dietmar Bachmann
Alb-Donau	Dr. Annette Tschmarke	18.01.08	Wolfgang Bauer
Heidenheim	Ulrich Dannemann	01.12.06	Ulrich Dannemann
Ostalb	Dr. Julia Frank	10.11.06	Dr. Julia Frank
Ulm	Erik Wischmann	15.12.06	Wolfgang Müller
Reutlingen	Hagen Kluck MdL	05.07.07	Hagen Kluck
Tübingen	Timo Herrmann	12.12.06	Timo Herrmann
Zollernalb	Matthias Linckersdorff	23.10.06	Harald Paulsen
Biberach	Oliver Lukner	14.11.07	Christoph R. Funk
Bodensee	Michael Lovecchio	22.10.07	Dieter Rau
Konstanz	Isabel Fezer	17.11.06	Isabel Fezer
Ravensburg	Dr. Reinhard Klumpp	17.10.06	Peter Kuhn
Sigmaringen	Siegfried Gebhardt	04.12.06	Siegfried Gebhardt

## Patenschaften der Mandatsträger

Mehr als die Hälfte der Kreisverbände muss ohne die Unterstützung durch einen Mandatsträger auskommen. Für die tägliche politische Arbeit ist dieser Zustand außerordentlich unbefriedigend. Um diesen Nachteil soweit als möglich auszugleichen und sicherzustellen, dass jedem Kreisverband ein Bundes- und Landtagsabgeordneter als Ansprechpartner zur Verfügung steht, wurde mit den Mandatsträgern folgender Plan zur flächendeckenden Betreuung der Gliederungen des Landes vereinbart:

Kreisverband	Abgeordnete(r)	Paten-MdB	Paten-MdL
Breisgau-Hochschwarzwald		Laurischk	Ehret
Emmendingen	Ehret	Laurischk	
Freiburg		Laurischk Burgbacher	Ehret
Lörrach		Wolff	Kleinmann
Ortenau	Laurischk		Fauser
Rottweil	Burgbacher Kleinmann		
Schwarzwald-Baar	Pfister	Burgbacher	
Tuttlingen	Burgbacher Pfister		
Waldshut		Laurischk	Pfister
Calw	Fauser	Niebel	
Freudenstadt	Theurer	Link	
Pforzheim-Enz	Rülke	Meinhardt	
Baden-Baden		Meinhardt	Theurer
Karlsruhe-Land	Meinhardt		Berroth
Karlsruhe-Stadt		Meinhardt	Berroth
Rastatt		Laurischk	Fauser
Heidelberg	Niebel		Arnold
Mannheim		Niebel	Arnold
Neckar-Odenwald		Niebel	Chef
Rhein-Neckar	Niebel		
Heilbronn	Leibrecht Link		Drautz
Hohenlohe	Bullinger	Link	
Schwäbisch Hall	Bullinger	Link	
Main-Tauber		Leibrecht	Drautz
Böblingen	Toncar		
Esslingen	Noll	Toncar	
Göppingen		Wolff	Goll
Ludwigsburg	Leibrecht Chef		
Rems-Murr	Wolff Goll (Backnang+WN)		Kleinmann (Schorndorf)
Stuttgart	Bachmann	Wolff Toncar	
Alb-Donau		Toncar	Bachmann
Heidenheim		Leibrecht	Kleinmann
Ostalb		Wolff	Bullinger
Ulm		Homburger	Bachmann
Reutlingen	Kluck	Link	
Tübingen		Laurischk	Kluck
Zollernalb		Leibrecht	Kluck
Biberach		Burgbacher	Wetzel
Bodensee	Wetzel	Homburger	
Konstanz	Homburger		Wetzel
Ravensburg		Homburger	Theurer
Sigmaringen		Homburger	Noll

# MITGLIEDERBEWEGUNG UND MITGLIEDER- VERWALTUNG

## Mitgliederbewegung

Die Mitgliederzahlen der Kreisverbände werden in der Landesgeschäftsstelle laufend fortgeschrieben. Daraus ergibt sich, dass die Mitgliederzahl zwischen dem 1. Oktober 2005 und dem 30. September 2007 von 7.152 auf 7.317 deutlich angewachsen ist. Das entspricht einem Plus von 165 Mitgliedern bzw. 3,0 %. Damit ist die FDP in Baden-Württemberg die einzig wachsende Partei. Insgesamt gab es in den letzten zwei Jahren

1163 Zugänge

durch Neuaufnahmen oder Zuzüge aus anderen Landesverbänden.

Dieser Zahl stehen jedoch

998 Abgänge

gegenüber.

Die Mitglieder, die innerhalb des Landesverbandes umgezogen sind, wurden statistisch weder bei den Zugängen noch bei den Abgängen erfasst.

Die Mitgliederentwicklung hatte durch die Ereignisse auf Bundesebene im Jahr 2003 eine Stagnation erfahren. In den Jahren 2004 und 2005 konnten wir wieder ein Mitgliederplus verzeichnen. Seit der Bundestagswahl 2005 konnte diese Zahl nochmals gesteigert werden, so dass der Landesverband zum 30.6.2006 7.340 zählte. Mit ihren Personen und Programmen ist die Partei für die Bürgerinnen und Bürger attraktiv und übt vor allem für die Angehörigen der jüngeren Generation eine große Anziehungskraft aus.

Das zeigt ein Blick auf die Altersstruktur der Zugänge in den vergangenen beiden Jahren. Etwa ein Fünftel der neu eingetretenen Mitglieder ist zwischen 16 und 25 und ein Viertel zwischen 26 und 35 Jahre alt, d.h., über die 40% der neuen Mitglieder sind jünger als 36 Jahre. Als Folge dieser Entwicklung ist das Durchschnittsalter noch einmal, wenn auch nur leicht, auf 51,2 Jahre gesunken.

Die seit 1977 fortgeschriebene Mitgliederbewegung ergibt folgendes Bild:

Jahr	Zugänge	Abgänge	Saldo+/-	Saldo % +/-	neuer Stand
1977	742	1.088	- 346	- 3,9	8.635
1978	675	810	- 135	- 1,6	8.500
1979	906	622	+ 284	+ 3,3	8.784
1980	1.268	712	+ 556	+ 6,3	9.340
1981	657	741	- 84	- 0,9	9.274
1982	623	1.759	- 1.136	- 12,2	8.138
1983	821	944	- 123	- 1,5	8.019
1984	589	712	- 123	- 1,5	7.896
1985	566	852	- 286	- 3,6	7.610
1986	430	725	- 295	- 3,9	7.315
1987	726	501	+225	+ 3,7	7.540
1988	513	556	- 43	- 0,6	7.497
1989	581	612	- 31	- 0,4	7.466
1990	387	372	+ 15	+ 0,2	7.481
1991	538	655	- 117	- 1,6	7.364
1992	370	555	- 185	- 2,5	7.179
1993	289	564	- 275	- 3,8	6.904
1994	242	262	- 20	- 0,3	6.884
1995	316	383	- 67	- 1,0	6.817
1996	348	475	- 127	- 1,9	6.691
1997	224	437	- 213	- 3,2	6.478
1998	276	378	- 102	- 1,6	6.376
1999	475	376	99	1,6	6.475
2000	553	410	143	2,2	6.618
2001	531	309	222	3,4	6.840
2002	675	430	245	3,6	7.085
2003	467	485	- 18	- 0,3	7.067
2004	352	319	33	0,5	7.100
2005	437	385	52	0,7	7.152
2006	550	442	108	2,0	7.260
2007	613	556	57	1,0	7.317

Die Zugänge setzen sich aus folgenden Berufs- und Altersgruppen zusammen:

Berufsgruppe	Zahl	%	Alter	Zahl	%
Angestellte	386	33,2	16 bis 25 Jahre	212	18,3
Arbeiter/Facharbeiter	8	0,7	26 bis 35 Jahre	283	24,4
Beamte	21	1,8	36 bis 45 Jahre	287	24,7
Freie Berufe	78	6,8	46 bis 60 Jahre	268	23,1
Hausfrau/Hausmann	13	1,2	61 bis 75 Jahre	106	9,2
Landwirte	9	0,8	über 75 Jahre	7	0,7
Selbständige	350	30,1			
Studenten und Schüler	240	20,7			
Rentner	58	5,1			
<b>zusammen</b>	<b>1.163</b>	<b>100,0</b>	<b>zusammen</b>	<b>1.163</b>	<b>100,0</b>

Die Mitgliederdichte ist mit 0,68 Mitgliedern pro 1.000 Einwohner gleich geblieben (2005: 0,68), da Baden-Württemberg derzeit einen Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen hat. Der unterschiedliche Organisationsgrad der einzelnen Kreisverbände ist auf der Karte in Anlage 10 dokumentiert, während die Tabelle in Anlage 9 die Rangfolge der Kreisverbände nach der Mitgliederdichte aufzeigt.

### **Mitgliederstruktur**

Die Aufschlüsselung der Mitglieder nach Berufsgruppen sieht wie folgt aus:

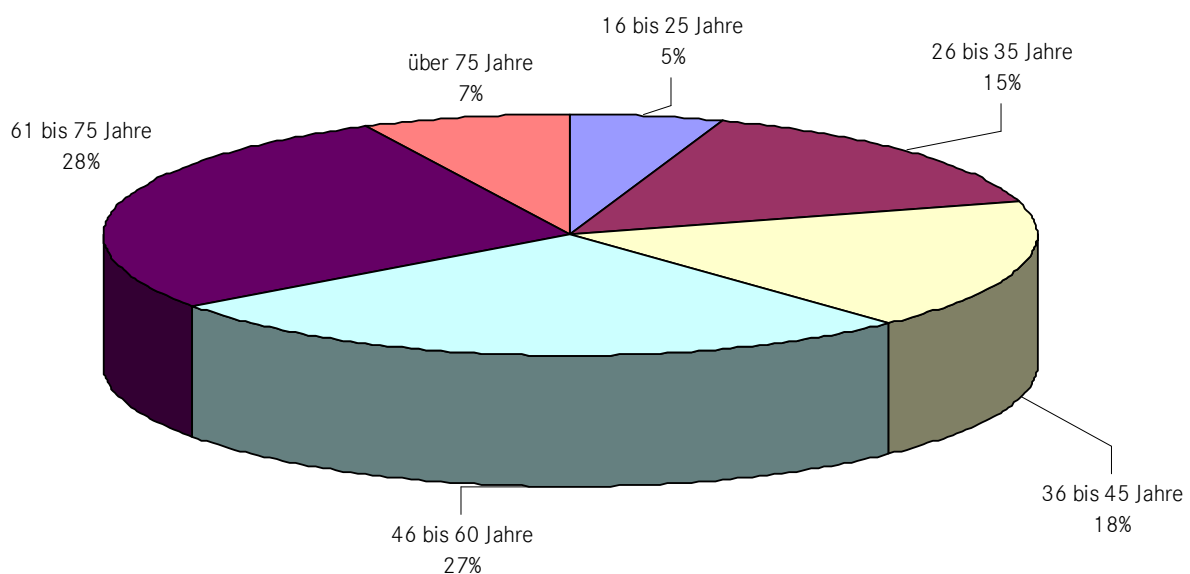
	<b>2007</b>	<b>2005</b>	<b>2003</b>	<b>2001</b>
Angestellte	30,4 %	30,7 %	31,2 %	31,0 %
Arbeiter/Facharbeiter	0,6 %	0,6 %	0,6 %	0,6 %
Beamte	6,6 %	8,1 %	8,1 %	8,4 %
Freie Berufe	16,6 %	16,0 %	15,3 %	15,9 %
Hausfrauen/Huasmänner	6,6 %	4,8 %	5,2 %	5,4 %
Landwirte	1,6 %	1,7 %	2,1 %	2,2 %
Rentner	4,0 %	3,7 %	4,3 %	4,4 %
selbständige Gewerbetreibende	21,1 %	21,3 %	19,4 %	18,8 %
Studenten und Schüler	12,5 %	13,1 %	13,9 %	13,3 %

Die Tabellen auf den folgenden Seiten geben einen Überblick über die Altersstruktur der FDP - Mitglieder. Dabei wurden die Altersgruppen so aufgeteilt, wie sie auch in der repräsentativen Wahlstatistik verwendet werden. Die Tabellen und Grafiken verdeutlichen auch, in welchem Alter die Mitglieder in die Partei eintreten, wie lange die Mitglieder der Partei angehören, und wie die Alterspyramide des Landesverbandes aussieht. Das Durchschnittsalter der Mitglieder in Baden-Württemberg beträgt danach 51,8 Jahre, die durchschnittliche Dauer der Mitgliedschaft 12,2 Jahre und das durchschnittliche Eintrittsalter aller Mitglieder 36,8 Jahre.

## Altersstruktur der FDP-Mitglieder

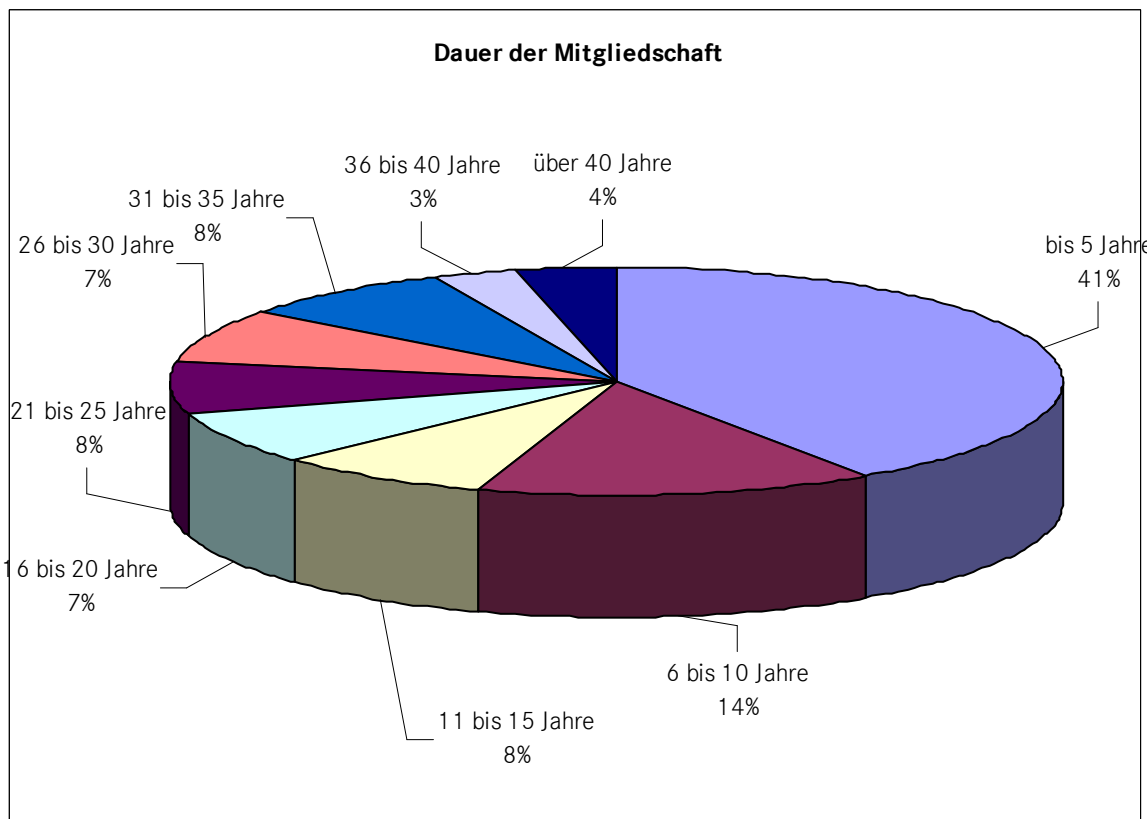
Alter	Zahl	Anteil in %
16 bis 25 Jahre	390	5,3%
26 bis 35 Jahre	1.114	15,2%
36 bis 45 Jahre	1.289	17,6%
46 bis 60 Jahre	1.969	26,9%
61 bis 75 Jahre	2.020	27,6%
über 75 Jahre	535	7,3%
	<b>7.317</b>	<b>100,0%</b>

## Altersstruktur der FDP-Mitglieder

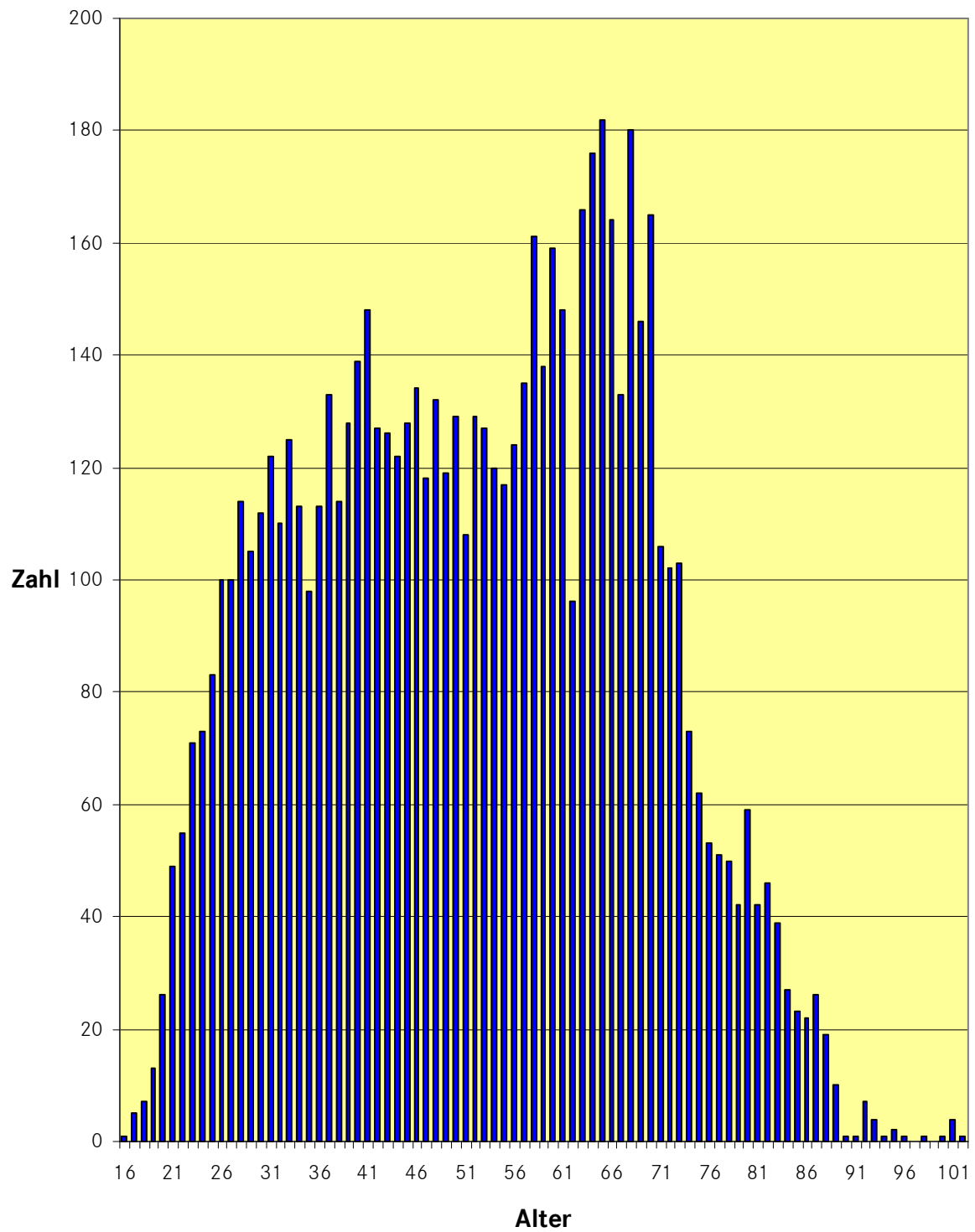


### Dauer der Mitgliedschaft

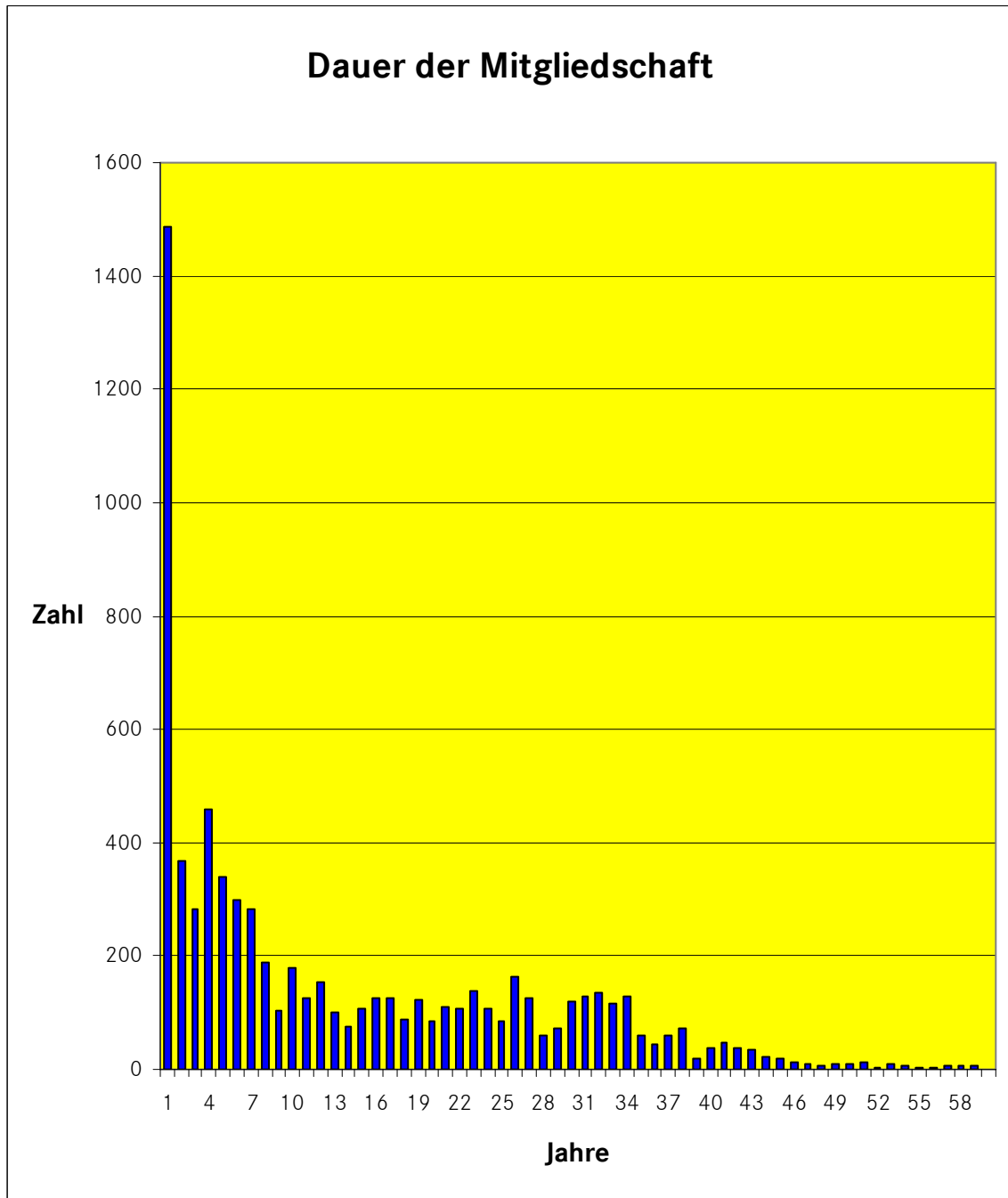
Dauer	Zahl	Anteil in %
bis 5 Jahre	2.970	40,6%
6 bis 10 Jahre	1.060	14,5%
11 bis 15 Jahre	570	7,9%
16 bis 20 Jahre	548	7,5%
21 bis 25 Jahre	549	7,5%
26 bis 30 Jahre	547	7,5%
31 bis 35 Jahre	577	7,9%
36 bis 40 Jahre	234	3,2%
über 40 Jahre	262	3,6%
	<b>7.317</b>	<b>100,0%</b>



### Alterspyramide der FDP-Mitglieder

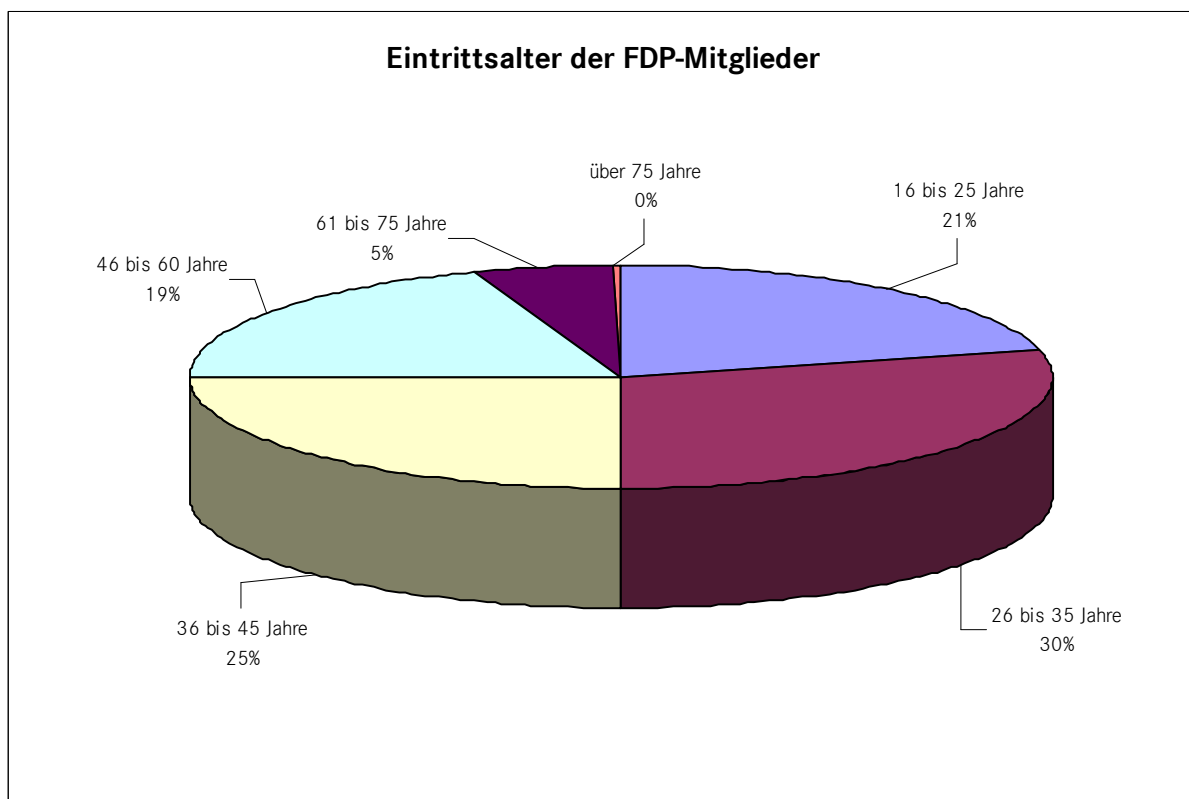


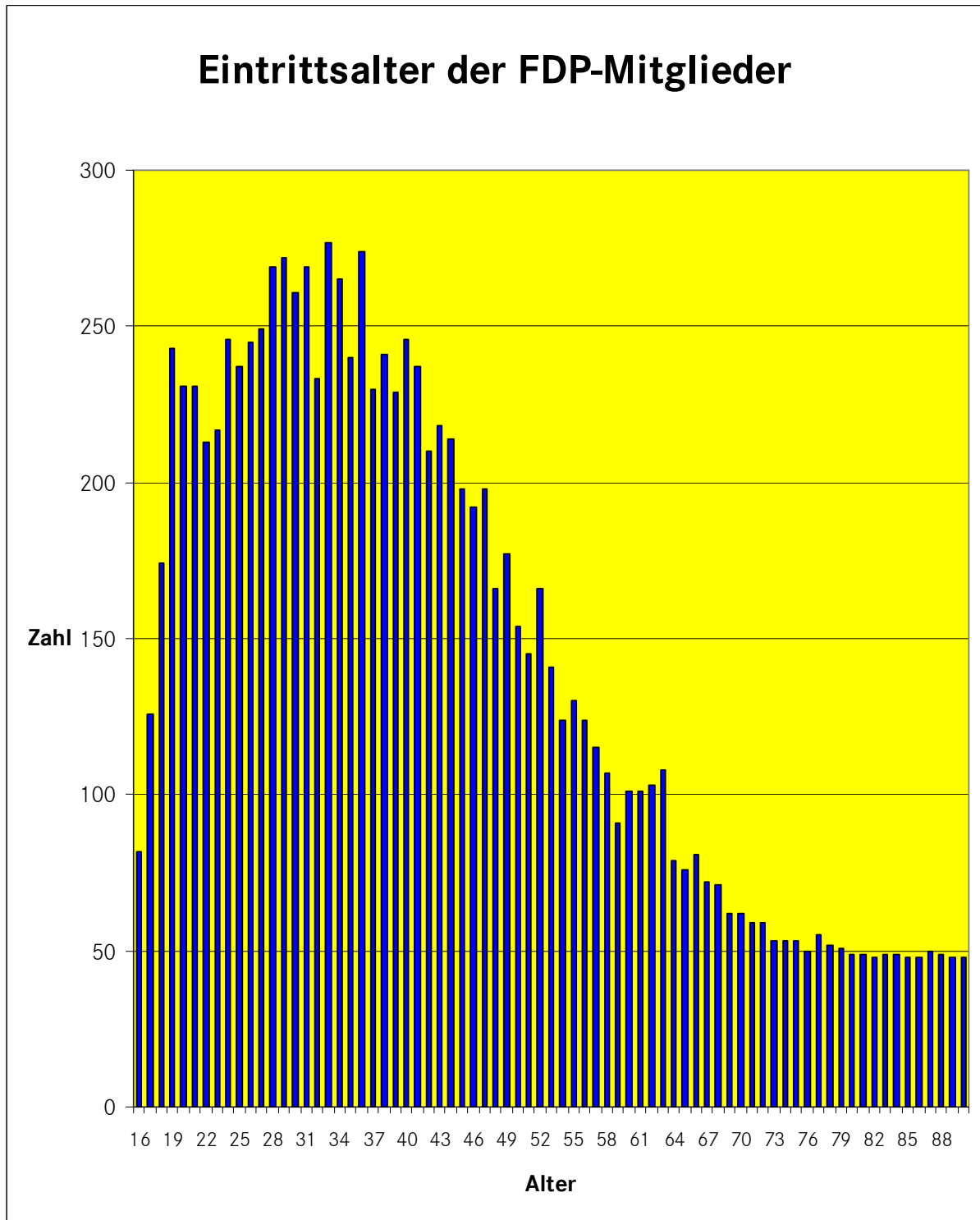




### Eintrittsalter der FDP-Mitglieder

Eintrittsalter	Zahl	Anteil in %
16 bis 25 Jahre	1.535	21,0%
26 bis 35 Jahre	2.121	29,0%
36 bis 45 Jahre	1.835	25,1%
46 bis 60 Jahre	1.425	19,5%
61 bis 75 Jahre	376	5,1%
über 75 Jahre	25	0,3%
	<b>7.317</b>	<b>100,0%</b>





Zum Stichtag 30. September 2007 waren von den 7.317 Mitgliedern 21,7 % Frauen (1988: 23,3 %, 1990: 23,6 %, 1992: 24,0 %, 1994: 24,1 %, 1996: 23,9 %, 1998: 23,6 %, 2000: 23,2 %, 2002: 22,4 %, 2004: 22,2 %, 2005: 22,2 %). Die Entwicklung ist enttäuschend und insgesamt ist der Anteil der Frauen an den Mitgliedern der FDP völlig unbefriedigend.

Nach dem Stand vom 30. September 2007 sind die Frauen in den Organen und Gremien der Partei und unter den Funktions- und Mandatsträgern wie folgt vertreten:

<b>Organe/Gremien</b>	<b>Gesamtzahl</b>	<b>davon Frauen</b>	<b>Anteil Frauen 2007 in %</b>	<b>Anteil Frauen 2005 in %</b>	<b>Änderung +/- in %</b>
Landesregierung	3	0	0,0	0,0	0,0
Landesvorstand	28	6	21,4	21,4	3,5
Landtagsabgeordnete	15	4	26,6	20,0	6,6
Bundestagsabgeordnete	9	2	22,2	22,2	0,0
Bezirksvorsitzende	9	1	11,1	11,1	0,0
Kreisvorsitzende	42	8	19,1	16,7	2,4
Ortsvorsitzende	249	31	12,5	11,3	1,2
Delegierte zum Landesparteitag	400	86	21,5	24,0	- 2,5
Delegierte zum Landeshauptausschuss	103	20	19,4	22,1	- 2,7
Delegierte zum Bundesparteitag	87	18	21,3	21,3	3,4
Kommunale Mandatsträger	443	70	15,8	14,9	0,9
Kommunale Fraktionsvorsitzende	81	9	11,1	9,5	1,6
Landesfachausschüsse	1035	218	21,1	19,3	1,8

Insgesamt liegt der Anteil der Frauen an den politischen Ämtern mit 18,9 % noch unter ihrem Anteil an der Mitgliederzahl. Die Kreisverbände müssen sich noch dringender als bisher um die Werbung weiblicher Mitglieder bemühen. Gerade der unterdurchschnittliche Anteil von FDP-Wählerinnen macht deutlich, dass hier eine Trendwende geschaffen werden muss. Auch der neue Landesvorstand muss sich mit diesem Problem auseinandersetzen.

# SERVICELEISTUNGEN

## Serviceleistungen der Mitgliederverwaltung

Die Mitgliederverwaltung der Landesgeschäftsstelle stellt ihre Leistungen auch den Gliederungen der Partei zur Verfügung. Die in der Geschäftsstelle vorhandenen Adressen können nach allen Parteigliederungen (Bezirks-, Kreis- oder Ortsverband) und anderen individuellen Anforderungen selektiert, sortiert und ausgedruckt werden. Bei der Abrechnung dieser Leistungen wird zum einen das Selektieren eines Adressenpaketes bezahlt, unabhängig von der Häufigkeit des Ausdrucks. Zusätzlich werden die Etiketten nach der Stückzahl berechnet. Dafür gelten derzeit folgende Preise:

Selektieren der Adressen:	17,00 €/Auftrag
Adressaufkleber:	0,05 €/Satz
Datensätze auf Listen:	0,04 €/Satz

## Dienstleistungen der Druckerei

Neben der Umsetzung der Beschlüsse der Parteiorgane sieht es die Landesgeschäftsstelle als eine ihrer wichtigsten Aufgaben an, Dienstleistungen für die Gliederungen der Partei und die Mitglieder zu erbringen. Diesem Zweck dient auch die Hausdruckerei, die seit einiger Zeit mit einem modernen Hochleistungskopierer und allen für die Postbearbeitung notwendigen Einrichtungen ausgestattet ist. Die Leistungen der Druckerei bestehen aus Kopieren, Zusammentragen, Kleben, Falzen, Heften, Schneiden, Kuvvertieren, Etikettieren und Bereitstellen von Briefhüllen und Versandtaschen sowie dem Versand selbst.

a) Kopierleistungen, zur Zeit gelten folgende Preise:

Auflage	Kopie einseitig €	Kopie umseitig €
50	4,00	6,00
100	6,00	8,00
200	8,00	11,00
300	11,00	14,00
400	13,00	17,00
500	16,00	20,00
600	18,00	24,00
700	21,00	27,00
800	23,00	30,00
900	26,00	33,00
1.000	29,00	36,00
1.100	31,00	39,00
1.200	33,00	42,00
1.300	35,00	45,00
1.400	38,00	48,00
1.500	40,00	52,00
1.600	42,00	54,00
1.700	44,00	58,00
1.800	47,00	61,00
1.900	49,00	64,00
2.000	51,00	68,00
3.000	71,00	102,00
4.000	96,00	141,00
5.000	124,00	180,00
10.000	225,00	338,00
15.000	338,00	507,00
20.000	450,00	675,00

Grundlage der Kalkulation sind Kopien auf weißem 80 Gramm-Papier. Der Aufpreis für farbi-ges Papier beträgt 5,50 € für 1.000 Blatt, für die Verwendung von Karton (170 Gramm) 60,00 € für 1.000 Bogen.

#### b) weitere Leistungen der Druckerei

Neben den Kopieraufträgen übernimmt die Hausdruckerei auf Wunsch auch die weitere Ver-arbeitung von Drucksachen bis hin zur geklebten oder gehefteten Broschüre bzw. zum Ver-sand von Broschüren oder Einladungen. Für diese Zusatzleistungen gelten folgende Preise:

Zusammentragen:	15,00 €/1.000 Blatt
Kleben:	15,00 €/1.000 Blatt
Falzen:	15,00 €/1.000 Blatt
Zusammentragen und Falzen:	18,00 €/1.000 Blatt
Zusammentragen und Heften:	18,00 €/1.000 Blatt

Zusammentragen, Falzen und Heften:	20,00 €/1.000 Blatt
Schneiden:	12,00 €/1.000 Blatt
Kuvertieren:	15,00 €/1.000 Blatt
Etikettieren:	15,00 €/1.000 Blatt
Frankieren:	15,00 €/1.000 Blatt
Verkleinern von Kopiervorlagen:	0,35 €/Seite
Fotokopie:	0,17 €/Seite
Lang-DIN-Briefhüllen ohne Fenster:	23,00 €/1.000 Stück
Versandtaschen, braun, DIN C 5:	35,00 €/1.000 Stück
Versandtaschen, braun, DIN C 4:	57,00 €/1.000 Stück
Stimmblock A6 Querformat mit 20 Stimmzetteln	0,10 €/Stück

## ANSCHRIFTENVERZEICHNISSE

### Organisationsverzeichnis

Das Organisationsverzeichnis des Landesverbandes mit den Anschriften aller Funktionsträger wird direkt aus der Mitgliederdatenbank generiert und in zweijährigem Rhythmus neu aufgelegt. Es ist auch mit Suchfunktion auf den internen Seiten der Homepage des Landesverbandes im Internet verfügbar. Die nächste Ausgabe erscheint, nach der Neuwahl des Landesvorstandes beim 103. Ordentlichen Landesparteitag am 12. Juli 2008, voraussichtlich im Herbst 2008.

### Verzeichnis der Kommunalpolitiker

Nach jeder Kommunalwahl wird ein aktuelles Verzeichnis der Kreis- und Gemeinderäte herausgegeben. Es enthält neben den Anschriften und Rufnummern der Kreis- und Gemeinderäte auch ein Namensverzeichnis der Kommunalpolitiker und eine alphabetisch geordnete Übersicht der Orte, in denen die Partei kommunalpolitisch vertreten ist. Aus der Broschüre ist abzulesen, ob die Mandatsträger auf FDP-Listen, gemeinsamen Wahlvorschlägen oder sonstigen Listen ge-wählt wurden. Die letzte Ausgabe ist nach der Kommunalwahl am 13. Juni 2004 erschienen.

# DIE ÜBERREGIONALE MITWIRKUNG

## ZUSAMMENARBEIT MIT DER BUNDESPARTEI

### Organe der Bundespartei

Nach der Neuwahl des Bundesvorstandes auf dem 58. Ordentlichen Bundesparteitag vom 15. bis 17. Juni 2007 in Stuttgart ist der Landesverband Baden-Württemberg im Präsidium der Bundespartei weiterhin mit Birgit Homburger als Beisitzerin und dem Generalsekretär Dirk Niebel vertreten.

Als Beisitzer des Bundesvorstandes wurden

Ernst Burgbacher MdB

in der ersten Abteilung und

Stefanie Bermanseder

Michael Theurer MdL

in der zweiten Abteilung gewählt.

Der Landesverband Baden-Württemberg stellte im Berichtszeitraum 87 Delegierte für den Bundesparteitag. Wegen des besten Abschneidens bei der Bundestagswahl 2005 hatte sich die Zahl der Delegierten für die Amtsperiode vom 1. Mai 2007 bis 30. April 2009 auf 87 Delegierte erhöht.

### Bundesfachausschüsse

Im Rahmen der Reorganisation der Bundesfachausschüsse durch den Bundesvorstand im Jahre 1996 wurde die Zahl der direkt nominierten Delegierten für jeden Landesverband nach der Mitgliederzahl gestaffelt. Danach stellt Baden-Württemberg drei statt bisher zwei Delegierte. Weitere zusätzliche Mitglieder, und zwar bis zu zehn für jeden Bundesfachausschuss, können von den Bundesfachausschüssen gewählt werden. Diese Struktur blieb auch nach der Neuwahl des Bundesvorstandes 2007 unverändert.

Aufgrund der Vorschläge der Landesfachausschüsse und der Zuwahl durch den betreffenden Bundesfachausschuss ist der Landesverband Baden-Württemberg mit folgenden Mitgliedern in den Bundesfachausschüssen vertreten:

#### **BFA - INTERNATIONALE POLITIK**

Manuel da Costa, Schwäbisch Gmünd  
 Birgit Homburger MdB, Hilzingen  
 Nora Jordan-Weinberg, Ludwigsburg  
 Michael Link MdB, Heilbronn  
 Dr. Berthold Meyer, Rodenbach  
 Daniel Obst, Brühl  
 Florian Toncar MdB, Böblingen  
 Ingrid Walz, Stuttgart

#### **BFA - WIRTSCHAFT UND ARBEIT**

Michael Gassner, Neckarwestheim  
 Dr. Jan B. Rittaler, Marbach  
 Dr. Henrik Winterhager, Gerlingen

#### **BFA - FINANZEN UND STEUERPOLITIK**

Dr. Horst Guckert, Weinheim  
 Dr. Silvana Koch-Mehrin, Brüssel  
 Uli A. Walter, Ulm

#### **BFA - ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT**

Dr. Friedrich Bullinger MdL, Rot am See  
 Carsten Erhardt, Nordrach  
 Dr. Otto Hertäg, Stutensee  
 Bärbl Maushart, Straubenhardt  
 Eugen Wagner, Rottenburg

#### **BFA - SOZIALES**

Dr. Claudia Maria Kunz, Neudenu-Herbolzheim  
 Sibylle Laurischk MdB, Offenburg  
 Dr. Henrik Winterhager, Gerlingen

**BFA - GESUNDHEIT**

Florian Berg, Mannheim  
 Albert Cuntze, Stuttgart  
 Dr. Claudia Maria Kunz, Neudenu-Herbolzheim  
 Dr. Ulrich Noll MdL, Aichtal

**BFA - INNEN UND RECHT**

Ekkehard Kiesswetter, Stuttgart  
 Andreas Knapp, Sindelfingen  
 Prof. Ulrich Stephan, Villingen  
 Corinna Werwigk-Hertneck, Stuttgart (Vors.)  
 Hartfrid Wolff MdB, Waiblingen

**BFA - BILDUNG, WISSENSCHAFT,  
FORSCHUNG UND TECHNOLOGIE**

Eckhard Behrens, Heidelberg  
 Prof. Dr. Peter Henning, Karlsruhe  
 Nora Jordan-Weinberg, Ludwigsburg  
 Patrick Meinhardt MdB, Baden-Baden  
 Dr. Gunter Zimmermann, Oftersheim

**BFA - UMWELT**

Jens Brandenburg, Mannheim  
 Albert Buchwald, Bad Boll  
 Dr. Angelika Fink-Sonntag, Karlsruhe  
 Birgit Homburger MdB, Hilzingen  
 Dr. Manfred Vohrer, Münstertal

**BFA - WOHNUNGSBAU**

Dr. Michael Büsse-maker, Ettlingen  
 Birgit Sandner-Schmitt, Mannheim  
 Ewald Veigel, Illingen

**BFA - VERKEHRSPOLITIK**

Dieter Bantleon, Süßen  
 Eberhard Beyer, Hirschberg  
 Prof. Hans-Helmut Grandjot, Untergruppenbach  
 Stefan Tritschler, Bruchsal  
 Prof. Dr. Fritz Weller, Plüderhausen

**KOMMISSIONEN**

In den Kommissionen der Bundespartei ist der Landesverband wie folgt vertreten:

**KIRCHENKOMMISSION**

Dieter Kleinmann MdL, Vöhringen (Vorsitzender)  
 Dr. Kurt Sütterlin, Tübingen  
 Dr. Gunter Zimmermann, Oftersheim

**INTERNET- UND MEDIENKOMMISSION**

Thomas Ihm, Baden-Baden

**SPORTKOMMISSION**

Rudolf Felger, Sindelfingen  
 Ulrich Fehrlen, Esslingen

**FREIHEIT UND ETHIK**

Leif Schubert, Mannheim  
 Dr. Gunter Zimmermann, Oftersheim

**BUNDESSATZUNGS-AUSSCHUSS**

N.n.  
 Bernhard Nüsch, Neuenstadt

**BUNDESSCHIEDSGERICHT**

Im Bundesschiedsgericht der FDP ist der Landesverband nach der letzten Wahl auf dem 56. Ordentlichen Bundesparteitag vom 5. bis 7. Mai 2005 in Köln durch Hermann Bach, Bad Wimpfen, als stellvertretender Beisitzer vertreten. Das Bundesschiedsgericht ist vom 1.1.06 bis 31.12.09 gewählt.



# ZUSAMMENARBEIT MIT DER ELDR

Bei der Wahl auf dem 58. Ordentlichen Bundesparteitag vom 15. bis 17. Juni 2007 in Stuttgart wurden folgende Mitglieder des Landesverbandes als Delegierte bzw. Ersatzdelegierte für den ELDR-Kongress gewählt:

## Delegierte:

Sibylle Laurischk MdB, Offenburg

Michael Link MdB, Heilbronn

Dr. Manfred Vohrer, Münstertal

Daniel Obst, Brühl

Tim Hoyem, Karlsruhe

## Ersatzdelegierte:

Ernst Burgbacher MdB, Trossingen

Tijen Onaran, Karlsruhe

Simone Szurmant, Karlsruhe

Dr. Rudolf Rentschler, Nagold

Christel Schimmele, Brühl

Die Amtszeit dauert vom 1. Mai 2007 bis 30. April 2009.

Bei der Wahl auf dem 59. Ordentlichen Bundesparteitag vom 31. Mai bis 1. Juni 2008 in München wurden folgende Mitglieder des Landesverbandes als Vertreter bzw. Ersatzvertreter der FDP im Rat der ELDR gewählt:

## Delegierte:

Michael Link MdB, Heilbronn

Dr. Rudolf Rentschler, Nagold

## Ersatzdelegierte:

Christel Schimmele, Brühl

Dr. Manfred Vohrer, Münstertal